



KONFERENZ DER KANTONREGIERUNGEN
CONFÉRENCE DES GOUVERNEMENTS CANTONAUX
CONFERENZA DEI GOVERNI CANTONALI
CONFERINÇA DA LAS REGIENZAS CANTUNALAS

Jahresbericht 2010 KdK Rapport annuel 2010 CdC

Jahresbericht 2010 KdK

Rapport annuel 2010 CdC

Inhaltsverzeichnis *Table des matières*

Seite
Page

Einleitung	3
1 Organisation.....	4
1.1 Plenarversammlung.....	4
1.2 Leitender Ausschuss.....	5
1.3 Weitere politische Kommissionen und technische Arbeitsgruppen.....	6
1.4 Sekretariat	6
2 Tätigkeit	9
2.1 Arbeitsschwerpunkte	9
2.1.1 Plenarversammlung.....	9
2.1.2 Leitender Ausschuss	12
2.1.3 Stellungnahmen	14
2.1.4 Zusammenarbeit Bund – Kantone	16
2.1.5 Koordination mit Direktorenkonferenzen und regionalen Regierungskonferenzen ..	17
2.2 Weitere Aktivitäten.....	18
2.2.1 Allgemeines.....	18
2.2.2 Aussenpolitik	19
2.2.3 Innenpolitik	22
2.2.4 Mandate	24
3 Rechnung	26
Anhänge / Annexes	55

Introduction.....	29
1 Organisation.....	30
1.1 Assemblée plénière	30
1.2 Bureau	31
1.3 Autres commissions politiques et groupes de travail techniques	32
1.4 Secrétariat	32
2 Activité	35
2.1 Points forts de travail	35
2.1.1 Assemblée plénière	35
2.1.2 Bureau.....	38
2.1.3 Prises de position	40
2.1.4 Collaboration Confédération-cantons.....	42
2.1.5 Coordination avec les conférences des directeurs et les conférences gouvernementales régionales.....	43
2.2 Autres activités	44
2.2.1 Généralités	44
2.2.2 Politique extérieure.....	46
2.2.3 Politique intérieure.....	48
2.2.4 Mandats	50
3 Comptes	52
Anhänge / Annexes	55

Einleitung

Erstmals legen wir über die Tätigkeiten der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) in einem eigenen Bericht Rechenschaft ab. – Das Jahr 2010 war für die KdK intensiv und durch diverse Geschäfte auf horizontaler wie auch vertikaler Ebene geprägt.

Im aussenpolitischen Bereich haben die Kantonsregierungen im vergangenen Jahr eine Neubeurteilung der europapolitischen Standortbestimmung vorgenommen und sprachen sich kurz und mittelfristig für die Weiterführung des bilateralen Wegs aus. Eine institutionelle Vertiefung der Beziehungen zur EU ist mit der Bedingung verknüpft, innere Reformen zur Wahrung von Föderalismus und Demokratie umzusetzen. Die enge Verflechtung von Aussen- und Innenpolitik ist dabei evident und für die Kantone Anlass, ihre Mitwirkungsrechte weiter prononciert geltend zu machen. So befasste sich die KdK auf Ersuchen des Kantons Genf mit der Vereinbarung Schweiz – Libyen, deren Unterzeichnung nach Auffassung der Kantonsregierungen eine Verletzung der Mitwirkungsrechte gemäss Art. 55 BV darstellt.

Im innenpolitischen Bereich konnte die Plenarversammlung der KdK Ende Juni die gemeinsame Stellungnahme der Kantone zum Wirksamkeitsbericht verabschieden. Wenn auch Interessengegensätze zwischen ressourcenstarken und -schwachen Kantonen zum Ausdruck gebracht wurden, ist klar, dass die Kantone nach wie vor entschieden hinter der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) stehen. Weitere Themen, welche die KdK im Jahre 2010 intensiv beschäftigten, sind die Kompromisslösung für die Finanzierung von Vorsorgeeinrichtungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften, die Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone sowie das vom Bund vorgeschlagene Konsolidierungsprogramm (KOP). Als wichtiger Erfolg darf gewertet werden, dass es der KdK in diesem Zusammenhang gelungen ist, mit dem Bundesrat eine Verständigungslösung über die vier folgenden, offenen finanzpolitischen Geschäfte auszuhandeln: die Haushaltsneutralität NFA, die ausgewählte Unterstützung des KOP, den Neuen Netzbeschluss Nationalstrassen sowie den Beitrag des Bundes zum Härteausgleich.

Zielstrebig weitergeführt werden die lancierten Prozesse zur grundlegenden Aufarbeitung des Zusammenwirkens von Bund und Kantonen. Es betrifft dies insbesondere die europapolitische Standortbestimmung und die Umsetzung der damit verbundenen innerstaatlichen Reformen sowie die Verbesserung der Vorbereitung und des Vollzugs von Bundesrecht durch die Kantone. Fortgesetzt werden soll auch die intensive Zusammenarbeit mit dem Bund bei der gemeinsamen Definition der Ziele in Verbundaufgaben wie beispielsweise der Integrationspolitik.

Die Mitwirkung vieler ist Voraussetzung für die erfolgreiche Erarbeitung und Umsetzung kantonaler Positionen. Von der Informationsbeschaffung und -verarbeitung, über die Entwicklung und Konsolidierung kantonaler Positionen bis zur Verabschiedung der Stellungnahmen durch mindestens 18 Kantonsregierungen und der Umsetzung der Beschlüsse sind zahlreiche Herausforderungen zu meistern. Wir nehmen diese im Sinne unseres Dienstleistungsverständnisses für die Kantone und für die Zusammenarbeit zwischen Kantonen und dem Bund mit grosser Motivation und Freude an, und danken allen herzlich, die sich dafür engagieren.



Regierungspräsident Pascal Broulis
Präsident



Dr. Sandra Maissen
Generalsekretärin

KONFERENZ DER KANTONSREGIERUNGEN

JAHRESBERICHT 2010

1 Organisation

1.1 Plenarversammlung



Das Hauptorgan der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) ist die vierteljährlich abgehaltene Plenarversammlung, an die jeder Kanton eine Vertretung entsendet. Die Vertretung eines Kantons in der KdK wird jeweils durch die Regierung des entsprechenden Kantons geregelt. Im Berichtsjahr nahmen folgende Mitglieder der Kantonsregierungen an den Plenarversammlungen teil:

Kanton	Vertretung
ZH	Regierungsrat Markus Notter
BE	Regierungsrat Hans-Jürg Käser
LU	Regierungsrätin Yvonne Schärli-Gerig
UR	Regierungsrätin Heidi Z'graggen
SZ	Regierungsrat Lorenz Bösch Regierungsrat Peter Reuteler
OW	Regierungsrat Niklaus Bleiker
NW	Regierungsrat Alois Bissig Landammann Beat Fuchs
GL	Regierungsrat Andrea Bettiga Landammann Robert Marti Regierungsrat Rolf Widmer
ZG	Regierungsrat Matthias Michel
FR	Staatsrat Georges Godel Regierungspräsident Beat Vonlanthen
SO	Regierungsrätin Esther Gassler Regierungsrat Christian Wanner
BS	Regierungsrat Christoph Brutschin Regierungspräsident Guy Morin
BL	Regierungsrätin Sabine Pegoraro
SH	Regierungsrat Reto Dubach
AR	Regierungsrat Jürg Wernli

AI	Landammann Daniel Fässler
SG	Regierungspräsident Willi Haag
	Regierungsrat Josef Keller
GR	Regierungsrat Martin Schmid
AG	Regierungsrat Roland Brogli
TG	Regierungsrat Claudius Graf-Schelling
	Regierungsrätin Monika Knill-Kradolfer
TI	Regierungspräsident Luigi Pedrazzini
VD	Regierungspräsident Pascal Broulis
VS	Regierungspräsident Jean-Michel Cina
	Staatsrat Maurice Tornay
	Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten
NE	Staatsrat Frédéric Hainard
GE	Staatsrat Pierre-François Unger
JU	Minister Michel Probst

1.2 Leitender Ausschuss



Als Führungsorgan der KdK ist der Leitende Ausschuss eingesetzt, dessen Mitglieder aufgrund eines regionalen Schlüssels nominiert werden. Im Berichtsjahr setzte sich der Leitende Ausschuss wie folgt zusammen:

Kanton	Vertretung
VD	Regierungspräsident Pascal Broulis, Präsident
BE	Regierungsrat Hans-Jürg Käser
ZH	Regierungsrat Markus Notter
ZG	Regierungsrat Matthias Michel
BL	Regierungsrätin Sabine Pegoraro
AI	Landammann Daniel Fässler, ab 1.10.2010
GR	Regierungsrat Martin Schmid

TG	Regierungsrat Claudius Graf-Schelling, bis 30.9.2010
TI	Regierungspräsident Luigi Pedrazzini
JU	Minister Michel Probst

1.3 Weitere politische Kommissionen und technische Arbeitsgruppen

Neben diesen beiden Hauptorganen gibt es zahlreiche weitere Kommissionen und Arbeitsgruppen der KdK im Zusammenhang mit der Betreuung einzelner Geschäfte oder Mandate. Eine Zusammenstellung dieser Kommissionen und Arbeitsgruppen befindet sich im Anhang 2 dieses Berichts. Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen sind im Anhang 3 aufgelistet.

1.4 Sekretariat



Gemäss der Vereinbarung über die KdK verfügt die Konferenz über ein ständiges Sekretariat. An der Gründungsversammlung der KdK wurde die Sekretariatsführung im Sinne eines Mandates der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit übertragen, die auch an der Konferenzgründung massgeblich beteiligt war. Seither führt die ch Stiftung das KdK-Sekretariat und die Geschäftsführerin der ch Stiftung, Dr. Sandra Maissen, amtiert gleichzeitig als Generalsekretärin der KdK. Für das KdK-Sekretariat sind am Ende des Berichtsjahrs 25 Personen tätig (19.6 Vollzeitstellen). Davon arbeiten 22 Personen im Haus der Kantone (HdK) in Bern und drei Personen an der Geschäftsstelle der ch Stiftung in Solothurn. Die Mitarbeitenden des Bereichs Dienstleistungen sind teilweise sowohl für das KdK-Sekretariat wie auch für den Betrieb Haus der Kantone tätig.

Ein Organigramm befindet sich im Anhang 1 dieses Berichts.

Personalbestand 31.12.2010

Generalsekretärin

- *Sandra Maissen*

Personal

- *Beatrice Müller*, Leiterin

Finanzen

- *Monika Zanon*, Leiterin (ab 1. Mai 2010)
- *Judith Stephani*, Assistentin Finanzen

Dienstleistungen / Betrieb HdK

- *Vincent Vouilloz*, Bereichsleiter (ab 1. Februar 2010)
- *Patrick Bergen*, Übersetzer
- *Christine Bonvin*, Übersetzerin
- *Daniel Boschung*, Informatiker
- *Susanna Bürki*, Leiterin Sekretariat HdK / KdK (ab 1. September 2010)
- *Jessica Cathomas*, Mitarbeiterin Empfang HdK
- *Dorothee Ecklin*, Übersetzerin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Stellvertreterin des Bereichsleiters
- *Manuela Furrer*, Mitarbeiterin Sekretariat KdK
- *Aurélie Schaefer*, Übersetzerin (ab 1. März 2010)
- *Adrien Schott*, Praktikant (ab 1. Dezember 2010)

KdK-Aussenpolitik

- *Roland Mayer*, Bereichsleiter, Stellvertreter der Generalsekretärin
- *Ursula Blumer*, Informationsbeauftragte der Kantone im Integrationsbüro EDA / EVD, Stellvertreterin des Bereichsleiters
- *Réto Gasser*, Vertreter der Kantone im EJPD
- *Felix Imhof*, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Stellvertreter der Informationsbeauftragten der Kantone im Integrationsbüro EDA / EVD
- *Roland Krimm*, Informationsbeauftragter der Kantone in der Schweizer Mission bei der EU in Brüssel

KdK-Innenpolitik / Koordination

- *Thomas Minger*, Bereichsleiter
- *Nadine Eckert*, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
- *Nicole Gysin*, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Stellvertreterin des Bereichsleiters
- *Tobias Weibel*, Wissenschaftlicher Praktikant (ab 1. August 2010)
- *Christine Winkelmann*, Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Einzelmandate / Projekte

- *Walter Moser*, Fachstelle NFA

Austritte im Verlauf des Jahres

Dienstleistungen / Betrieb HdK

- *Vincent Dascher*, Praktikant (1. Juli bis 30. November 2010)
- *Ophélie Krall*, Praktikantin (5. April bis 25. Juni 2010)
- *Valérie Roduit*, Mitarbeiterin Empfang (bis 31. März 2010)
- *Thaisa Tagli*, Praktikantin (bis 2. April 2010)
- *Sandra Villiger*, Leiterin Dienstleistungen (bis 31. Januar 2010)

KdK-Innenpolitik / Koordination

- *Jeannette Bär*, wissenschaftliche Praktikantin (1. Februar bis 31. Juli 2010)
- *Roman Widmer*, wissenschaftlicher Praktikant (bis 31. Januar 2010)

Ursula Blumer durfte im Berichtsjahr ihr 10-jähriges Dienstjubiläum feiern.

2 Tätigkeit

2.1 Arbeitsschwerpunkte

2.1.1 Plenarversammlung

Im Berichtsjahr fanden am 19. März, 25. Juni, 1. Oktober und 17. Dezember ordentliche Plenarversammlungen statt. Neben der Verabschiedung von Stellungnahmen zu verschiedenen Themen (vgl. Ziff. 2.1.3) befasste sich die Plenarversammlung im Jahr 2010 mit folgenden Schlüsselgeschäften:

Allgemeines

Nationale Föderalismuskonferenz 2011

Gelegenheiten, sich periodisch Überblick über die Entwicklung des Föderalismus zu verschaffen und eine gemeinsame Standortbestimmung vorzunehmen, ergeben sich in der Schweiz nicht von selbst. Deshalb haben die Kantonsregierungen zusammen mit dem Bundesrat und dem Ständerat die Nationale Föderalismuskonferenz ins Leben gerufen.

Nachdem die ersten beiden Konferenzen in Freiburg (2005) und in Baden (2008) stattfanden, hat die Plenarversammlung am 19. März 2010 die Organisation der dritten Konferenz dem Kanton Tessin anvertraut. Diese Wahl erfolgte aus Gründen der nationalen Kohäsion und in Würdigung des Beitrags der italienischsprachigen Schweiz zur kulturellen Vielfalt des Landes.

Die dritte Nationale Föderalismuskonferenz wird am 26./27. Mai 2011 in den Räumlichkeiten der Accademia di architettura der Università della Svizzera italiana in Mendrisio durchgeführt. Auf Vorschlag des Kantons Tessin haben die Konferenzpartner das Thema "Föderalismus und neue territoriale Herausforderungen: Institutionen, Wirtschaft und Identität" gewählt.

Aussenpolitik

Die Neubeurteilung der europapolitischen Standortbestimmung

Nach umfangreichen Vorarbeiten und mehrfacher schriftlicher Konsultation der Kantonsregierungen hat die Plenarversammlung am 25. Juni 2010 eine Neubeurteilung der europapolitischen Standortbestimmung der Kantonsregierungen verabschiedet. Grundsätzlich legten die Kantonsregierungen dabei fest, dass oberste Priorität der Beibehaltung und der effizienten Umsetzung der bestehenden Abkommen mit der EU zukommen soll. Da es nach Auffassung der Kantonsregierungen sowohl im politischen wie auch im wirtschaftlichen Interesse der Schweiz ist, die Zusammenarbeit mit der EU in gewissen Bereichen zu vertiefen, sprachen sie sich kurz- und mittelfristig für die Weiterführung des bilateralen Wegs aus. Nachdem aber die EU den Abschluss weiterer bilateraler Abkommen unter die Bedingung gestellt hat, dass die Schweiz sich zur Übernahme von Entwicklungen des relevanten EU-Rechts verpflichtet und der Bundesrat bereits die Prinzipien für die Modalitäten einer solchen Übernahme festgelegt hatte, vertraten die Kantonsregierungen die Auffassung, dass diese Modalitäten in einer Rahmenvereinbarung festzuhalten sind. Nicht zielführend erachten die Kantonsregierungen, diese Modalitäten in jedem einzelnen bilateralen Dossier neu zu verhandeln. Um das Ziel einer einheitlichen institutionellen Lösung für zukünftige Abkommen mit der EU zu erreichen, sind nach Auffassung der Kantonsregierungen neue Verhandlungsmandate so lange zurückzustellen, bis eine Lösung über eine Rahmenvereinbarung gefunden wird. Eine Rahmenvereinbarung soll nach Ansicht der Kantonsregierungen zudem aus-

schliesslich zukünftige bilaterale Abkommen mit der EU erfassen – die Mechanismen der bestehenden Abkommen mit der EU haben sich bewährt und bedürfen keiner Überprüfung.

Weiter erachten die Kantonsregierungen innerstaatliche Reformen zur Festigung der föderalistischen und demokratischen Staatsorganisation nicht nur bei einem Beitritt zur EU, sondern auch bei einer weiteren Vertiefung der Beziehungen zur EU mittels weiterer bilateraler Abkommen als unerlässlich. Die Kantonsregierungen beschlossen deshalb, eine weitere Vertiefung der Beziehungen zur EU nur dann zu unterstützen, wenn gleichzeitig eine Reihe von innerstaatlichen Reformen eingeleitet und – wo notwendig – rechtlich verankert wird. Im Vordergrund stehen hier nach Auffassung der Kantonsregierungen die Stärkung des Mitwirkungs föderalismus, die Anpassung der bestehenden Organisationsstrukturen sowie die Schaffung eines effektiven Streitbeilegungsverfahrens im Falle von Kompetenzstreitigkeiten zwischen Bund und Kantonen.

Vereinbarung Schweiz – Libyen

Auf Ersuchen des Kantons Genf befasste sich die KdK mit der Vereinbarung, die am 20. August 2009 in Tripolis unterzeichnet wurde. Gestützt auf eine erste rechtliche Würdigung durch das Institut für Föderalismus in Freiburg haben die Kantonsregierungen anlässlich der Plenarversammlung vom 19. März 2010 eine politische Beurteilung der Vereinbarung vorgenommen und diese dem Bundesrat zur Kenntnis gebracht. Anlässlich der Plenarversammlung vom 25. Juni 2010 mussten die Kantonsregierungen zur Kenntnis nehmen, dass der Bund seine Verpflichtung erneuert hatte, die Umstände der Verhaftung von Hannibal Ghaddafi in Genf durch ein internationales Schiedsgericht untersuchen zu lassen. Die Kantonsregierungen haben daraufhin beschlossen, ihre Beurteilung der Angelegenheit zu veröffentlichen.

Die Kantonsregierungen stellten fest, dass der Kanton Genf seitens des Bundes im Zusammenhang mit den verschiedenen Vereinbarungen mit Libyen weder informiert noch konsultiert wurde. Nach Auffassung der Kantonsregierungen stellt das Vorgehen des Bundesrates im Zusammenhang mit der Unterzeichnung dieser Vereinbarungen eine eindeutige Verletzung der Mitwirkungsrechte des Kantons Genf im Sinne von Art. 55 BV dar. Die Kantonsregierungen stellten zudem fest, dass die Vereinbarung einen Eingriff in die Polizei- und Justizhoheit des Kantons Genf sowie in das Prinzip der Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Judikative darstellt. Für die Kantonsregierungen ist die Frage zu klären, ob die aussenpolitische Kompetenz in der geltenden Bundesverfassung grenzenlos ist und falls nein, wie diese Grenzen besser definiert und durchgesetzt werden können. Zur Klärung dieser Frage hat die Plenarversammlung weitere Vertiefungsarbeiten in Auftrag gegeben.

Innenpolitik

Finanzierung von Vorsorgeeinrichtungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften

Im September 2008 unterbreitete der Bundesrat dem Parlament eine Vorlage über die Finanzierung der öffentlichen Pensionskassen. Kernstück der Vorlage war eine Bestimmung, wonach alle öffentlichen Pensionskassen innert 40 Jahren vollkapitalisiert sein müssen. Dieser Vorschlag war für die Kantone inakzeptabel, weil er in den kommenden 40 Jahren Kosten von insgesamt beinahe 100 Milliarden Franken verursacht hätte.

Deshalb engagierte sich die KdK in den parlamentarischen Beratungen für einen ausgewogenen Kompromiss. Dieses Engagement hat sich gelohnt: Die vom Bundesrat beantragte Vollkapitalisierung konnte verhindert werden. In der Wintersession wurde die Regelung, wonach alle öffentlichen Pensionskassen innert 40 Jahren einen Deckungsgrad von mindestens 80 Prozent erreichen müssen, von beiden Räten verabschiedet.

Diese Kompromisslösung verursacht zwar nach wie vor hohe Kosten, ist aus Sicht der Kantone jedoch annehmbar. Damit konnte in einem anspruchsvollen Geschäft eine solide Basis für die

Finanzierung der öffentlichen Pensionskassen gelegt werden, die gleichzeitig den Besonderheiten öffentlich-rechtlicher Institutionen gerecht wird.

Verständigungslösung zu offenen finanzpolitischen Geschäften im Verhältnis Bund – Kantone

Nach einem intensiven Verhandlungsprozess zwischen dem Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) und der KdK verabschiedeten der Bundesrat und die Kantonsregierungen Ende Oktober 2010 ein aus vier Teilen bestehendes Paket zu offenen finanzpolitischen Geschäften im Verhältnis Bund – Kantone:

- Der Bundesbeitrag an den Finanzausgleich wird dauerhaft um 112 Millionen pro Jahr erhöht, um die festgestellte Abweichung der Haushaltsneutralität vollständig zu kompensieren.
- Im Konsolidierungsprogramm (KOP) werden auf fünf, die Kantone stark belastende Massnahmen im Umfang von gesamthaft rund 52 Millionen pro Jahr verzichtet. Im Gegenzug unterstützen die Kantone die übrigen KOP-Massnahmen.
- Im Rahmen des Neuen Netzbeschlusses Nationalstrassen (NEB) prüft das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK), die Strassenbeiträge an die Kantone um jährlich lediglich 30 statt 105 Millionen zu kürzen und dafür die für den Nationalstrassenbau verfügbaren Mittel entsprechend zu erhöhen.
- Zu gegebener Zeit wollen Bundesrat und Kantonsregierungen prüfen, wie die ab 2016 jährlich frei werdenden Bundesmittel des NFA-Härteausgleichs den kantonalen Interessen entsprechend eingesetzt werden können.

Diese Einigung ist eine für beide Seiten ausgewogene und konstruktive Lösung, die das Vertrauen und die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen stärkt.

Behördeninformation zur SP-Steuerinitiative

Die von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SP) eingereichte Volksinitiative "Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb" verlangte eine schweizweite Mindestbesteuerung von natürlichen Personen mit hohem Einkommen und Vermögen sowie ein Verbot degressiver Steuersätze. Volk und Stände lehnten am 28. November 2010 die SP-Steuerinitiative deutlich ab.

Die KdK trat im Rahmen einer gemeinsamen Behördeninformation Bund – Kantone in enger Zusammenarbeit mit der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und -direktoren (FDK) dezidiert gegen die Initiative an. Mit der Ablehnung der SP-Steuerinitiative haben sich Volk und Stände für die Steuerautonomie der Kantone und Gemeinden und damit für den erfolgreichen schweizerischen Föderalismus ausgesprochen. Dieser Entscheid bringt zum Ausdruck, dass eine klare Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den Steuerwettbewerb unter den Kantonen befürwortet und gleichzeitig die geltenden Schranken als ausreichend erachtet. Das klare Abstimmungsergebnis ist zudem eine Bestätigung der von Volk und Ständen 2004 gutgeheissenen Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA).

Vorschlag einer allgemeinen Verfassungsbestimmung über die Grundversorgung

Im August 2010 eröffnete das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) das Vernehmlassungsverfahren zum Entwurf einer allgemeinen Verfassungsbestimmung über die Grundversorgung. Mit dem Entwurf erfüllte der Bundesrat einen Auftrag des Parlaments, das ihn mit der Annahme einer Motion verpflichtet hatte, eine allgemeine Verfassungsbestimmung über die Grundversorgung vorzuschlagen.

Da sich der vorgeschlagene Verfassungsartikel an Bund und Kantone richtet und der aufgeführte Katalog der Grundversorgungsleistungen hauptsächlich Zuständigkeitsbereiche der Kantone umfasst, hat die Plenarversammlung am 1. Oktober 2010 beschlossen, eine konsolidierte Stellungnahme auszuarbeiten. Zur Hauptfrage der Notwendigkeit eines Verfassungsartikels wurde den

Kantonsregierungen vorgeschlagen, eine Verfassungsbestimmung in der ausführlichen Form gemäss Vernehmlassungsentwurf abzulehnen, aber gegen die Einfügung einer allgemeinen Verfassungsbestimmung über die Grundversorgung nicht zu opponieren. Dieser Kompromissvorschlag kam von zwei Seiten unter Beschuss: Während einzelne Kantone grundsätzlich keine Verfassungsbestimmung über die Grundversorgung wollten, unterstützten andere Kantone die Fassung des Bundesrats. An der Plenarversammlung vom 17. Dezember 2011 wurde deshalb das für eine konsolidierte Stellungnahme erforderliche qualifizierte Mehr von 18 Stimmen nicht erreicht.

Weiterentwicklung der schweizerischen Integrationspolitik

Gestützt auf die Empfehlungen der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK) vom 29. Juni 2009 hat der Bundesrat am 5. März 2010 seine Vorstellungen zur Weiterentwicklung der Integrationspolitik des Bundes präsentiert: Zur Verstärkung der spezifischen Integrationsförderung will er die jährlichen Bundesbeiträge ab 2014 um rund 20 Millionen Franken ausbauen und dies mit einer Mitfinanzierungspflicht durch die Kantone verknüpfen.

Die Plenarversammlung vom 17. Dezember 2010 hat Kenntnis genommen von den Vorschlägen des Bundesrates und einstimmig ein entsprechendes Positionspapier verabschiedet. Aus Sicht der Kantone gehen die Vorschläge des Bundesrates in die richtige Richtung: Integrationsförderung ist eine Querschnittaufgabe und muss überall dort stattfinden, wo Zugewanderte und Schweizerinnen und Schweizer einander begegnen. Die Förderung ist in erster Linie Aufgabe der Regelstrukturen wie die Schule, das Altersheim, der Sportverein. Dieses Prinzip soll verbindlich verankert werden, indem entsprechende Bestimmungen in die rechtlichen Grundlagen der Regelstrukturen aufgenommen werden. Ergänzend zu diesen Massnahmen der Regelstrukturen ist die spezifische Integrationsförderung gezielt zu verstärken.

Die Kantone wollen auch weiterhin einen substanziellen Beitrag zur Integrationspolitik leisten. Dazu gehören fördernde wie fordernde Elemente. Die TAK hat mit ihren integrationspolitischen Grundprinzipien verdeutlicht, was unter der Formel "Fördern und Fordern" zu verstehen ist: Im Vordergrund steht eine Integrationspolitik, die auf Eigenverantwortung aufbaut und dazu beiträgt, Chancengleichheit zu verwirklichen. Potenziale sollen konsequent genutzt und die Vielfalt der Gesellschaft soll anerkannt und entsprechend berücksichtigt werden.

Die KdK-Plenarversammlung begrüsst die Absicht des Bundesrates, die Integrationsförderung künftig breiter auszurichten. Die neuen Förderbereiche "Erstinformation der Neuzuziehenden", "Diskriminierungsschutz" sowie "Integration im Frühbereich" stellen wichtige Ergänzungen der Integrationsförderungs politik des Bundes dar. Diverse Kantone sind in diesen Bereichen bereits aktiv und können wichtige Erfahrungen beisteuern. Aus Sicht der Kantone gilt es in einem nächsten Schritt, gemeinsam mit dem Bund die Finanzierung der künftigen Integrationsförderung zu klären.

2.1.2 Leitender Ausschuss

Der Leitende Ausschuss tagte im Berichtsjahr am 12. Februar, 21. Mai, 27. August und 5. November. Neben der Vorbereitung der Geschäfte der Plenarversammlungen befasste er sich mit nachfolgenden Geschäften:



Innenpolitik

Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone

In Zusammenhang mit der Auseinandersetzung zwischen Bundesrat und Kantonsregierungen betreffend Zeitpunkt der Inkraftsetzung der Neuordnung der Pflegefinanzierung hatte die Plenarversammlung den Leitenden Ausschuss beauftragt, eine Übersicht zu den auf kantonalen Ebene erforderlichen Fristen für die Umsetzung von Bundeserlassen zu erstellen.

Mittels einer Umfrage bei allen Kantonen wurde in der Folge geklärt, wie in den Kantonen die je nach Zuständigkeiten unterschiedlichen Rechtsetzungsverfahren bei der Umsetzung von Bundeserlassen aussehen und ob die Möglichkeit besteht, die entsprechenden Verfahren zu beschleunigen.

Gestützt auf die Umfrageergebnisse beauftragte der Leitende Ausschuss das Sekretariat, die Verbesserungsvorschläge in einem Workshop zusammen mit kantonalen Expertinnen und Experten zu konkretisieren. Im Rahmen dieses Workshops wurden vier Lösungsansätze diskutiert, wie die Problematik der Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone verbessert werden könnte: Einbezug der Kantone bei der Planung und der Entwurfserarbeitung, bessere Berücksichtigung von Umsetzungsfragen im Rahmen der Vernehmlassung, bessere Rückkoppelung zu den Kantonen in der parlamentarischen Phase sowie Festsetzung von Regelfristen für die Umsetzung von Bundeserlassen.

Der Leitende Ausschuss vom 5. November 2010 beauftragte das KdK-Sekretariat in der Folge, ein externes Mandat zu vergeben, um konkrete Lösungsansätze aufzuzeigen, wie die Anliegen der Kantone betreffend die Umsetzung von Bundesrecht in der Zusammenarbeit mit dem Bund verbindlicher geregelt werden könnten.

Muslim-Dialog des Bundes

Der Leitende Ausschuss hat auf eine entsprechende Anfrage des Bundesamtes für Migration (BFM) hin entschieden, dass seitens der Kantone darauf verzichtet wird, kantonale Fachleute an den Muslim-Dialog des Bundes zu delegieren. Zum Zeitpunkt der Anfrage durch das BFM hatten bereits mehrere Treffen ohne Beteiligung der Kantone stattgefunden, die kantonalen Fachleute hätten demnach in einen laufenden Prozess einsteigen sollen.

Gemäss Art. 72 Abs. 1 BV sind die Kantone für die Regelung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat zuständig. Auf kantonaler und kommunaler Ebene haben solche Dialoge bereits eine längere Tradition und es sind auch konkrete Resultate vorzuweisen. Die Frage, ob Bund und Kantone in Zukunft gemeinsam den Dialog mit muslimischen Organisationen auf gesamtschweizerischer Ebene führen sollen, ist eine politische und kann nicht durch den Einbezug kantonalen Fachleuten beantwortet werden.

Projekt zur Stärkung der kantonalen Jugendparlamente: Anfrage des Dachverbandes schweizerischer Jugendparlamente

Der Dachverband Schweizer Jugendparlamente (DSJ) unterbreitete dem KdK-Sekretariat ein Projekt zur "Stärkung der kantonalen Jugendparlamente". Ziel ist es, die Anzahl der kantonalen Jugendparlamente zu erhöhen, die Zusammenarbeit zwischen den Jugendparlamenten zu fördern und zu koordinieren. Der Leitende Ausschuss diskutierte die Anfrage des DSJ und beschloss, die Kantonsregierungen über dieses Projekt zu informieren. Gleichzeitig lud er den DSJ ein, sich gezielt mit konkreten Anfragen an einzelne Kantonsregierungen zu wenden.

2.1.3 Stellungnahmen

Stellungnahmen im Namen der KdK werden mit einem qualifizierten Mehr der Stimmen von mindestens 18 Kantonsregierungen verabschiedet. Das Recht der Kantone auf eigene Stellungnahmen bleibt gewahrt.

Stellungnahmen zu Vernehmlassungen bei der Vorbereitung wichtiger Erlasse (gemäss Art. 147 BV)

Stellungnahme zum ersten Wirksamkeitsbericht NFA

An der Plenarversammlung vom 25. Juni 2010 konnte eine gemeinsame Stellungnahme der Kantone zum Wirksamkeitsbericht des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen 2008 – 2011 verabschiedet werden. Als Grundaussage wurde darin festgehalten, dass die Kantone nach wie vor entschieden hinter der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) stehen. Einhellig war auch die Forderung einer Korrektur und Kompensation der im Rahmen der Überprüfung der Einhaltung des Grundsatzes der Haushaltsneutralität zulasten der Kantone festgestellten Abweichung von CHF 100 Millionen.

Da mit der Neudotierung der Ausgleichsgefässe die Frage der Umverteilung zwischen den Kantonen angesprochen wird, wurde auf die diesbezüglichen Interessengegensätze zwischen den ressourcenstarken und -schwachen sowie zwischen den ländlich und städtisch geprägten Kantonen

hingewiesen und in der Stellungnahme auch qualifizierte, von mindestens fünf Kantonen unterstützte Minderheitsmeinungen aufgeführt.

Stellungnahme zum Konsolidierungsprogramm

Gestützt auf zwei interne Konsultationsrunden bei den Kantonsregierungen verabschiedete die Plenarversammlung am 25. Juni 2010 eine Stellungnahme zum Konsolidierungsprogramm (KOP). Dabei war unbestritten, dass der Bundeshaushalt die Vorgaben der Schuldenbremse einzuhalten hat. Strukturelle Bundesdefizite sind weder zulässig, noch längerfristig tragbar. Ein ausgeglichener Bundeshaushalt ist auch für die Kantone von zentraler Bedeutung, weshalb die Bestrebungen zur Verhinderung struktureller Defizite im Grundsatz begrüsst wurden.

Gegenüber dem vorgelegten KOP brachte die KdK jedoch bezüglich Vorgehen und Inhalten zahlreiche Vorbehalte an. Namentlich wurde verlangt, dass der Bundesrat angesichts des positiver als erwarteten wirtschaftlichen Aufschwungs die Notwendigkeit des KOP nochmals überprüfe. Zudem erachteten es die Kantonsregierungen nur zwei Jahre nach der Einführung der NFA als verfehlt, die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen bereits wieder neu aufzurollen. Deshalb wurde gefordert, auf Kürzungen bei Verbundaufgaben zu verzichten und die erforderlichen Einsparungen prioritär im Eigenbereich des Bundes zu realisieren.

Stellungnahmen im Rahmen der Mitwirkung an der Willensbildung des Bundes (gemäss Art. 45 BV)

Keine Stellungnahmen im Berichtsjahr

Stellungnahmen im Rahmen der Mitwirkung bei ausserpolitischen Entscheiden (gemäss Art. 55 BV)

Anlässlich der Plenarversammlung vom 25. Juni 2010 verabschiedeten die Kantonsregierungen eine Stellungnahme zur Anpassung des Verhandlungsmandats betreffend die Stromverhandlungen zwischen der Schweiz und der EU. Sie unterstützten die geplante Anpassung des Mandats, hielten aber fest, dass den Verhandlungen im Stromdossier erste Priorität zukommen soll. Bei einer allfälligen Ausweitung der Verhandlungen seien die Kantone erneut zu konsultieren und einzubeziehen.

Die Plenarversammlung vom 1. Oktober 2010 genehmigte eine Stellungnahme der KdK zum weiteren Vorgehen in Sachen Prümer Zusammenarbeit mit der EU und Abschluss eines Zusammenarbeitsabkommens mit den Vereinigten Staaten von Amerika.

Mittels Zirkularverfahrens unterstützte die Plenarversammlung am 26. Oktober 2010 die vom Bundesrat vorgeschlagene Ausdehnung des Verhandlungsmandats für ein Freihandelsabkommen EFTA – Russland auf Weissrussland und Kasachstan.

An der Plenarversammlung vom 17. Dezember 2010 sprachen sich die Kantonsregierungen schliesslich für eine Aufdatierung des Anhangs II (Soziale Sicherheit) des Freizügigkeitsabkommens mit der EU aus. Sie beschlossen ferner, das Verhandlungsmandat des Bundesrates in Sachen Zusammenarbeit mit der EU im Chemikalienbereich (REACH) nicht zu unterstützen. Den Verhandlungsmandaten des Bundesrates für eine Zusammenarbeit mit der EU im Wettbewerbsbereich sowie betreffend ein Freihandelsabkommen mit China stimmten die Kantonsregierungen hingegen zu.

Stellungnahme zum TAK-Bericht "Abstimmung der Agglomerationspolitik mit der Politik des ländlichen Raums"

Die Plenarversammlung verabschiedete am 19. März 2010 eine Stellungnahme zum Bericht der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK) "Abstimmung der Agglomerationspolitik mit der Politik des ländlichen Raums". Die TAK hatte beschlossen, auf der Grundlage dieses Berichts eine Konsultation bei den Partnern der TAK sowie weiteren interessierten Kreisen durchzuführen, um daraus Schlussfolgerungen für die Weiterbearbeitung der Stadt-Land-Thematik ziehen zu können.

In ihrer Stellungnahme begrüsst die KdK den Bericht der TAK und die damit verbundenen Bestrebungen, die Agglomerationspolitik mit der Politik des ländlichen Raums abzustimmen. Es wird zudem festgehalten, dass im Gegensatz zur Agglomerationspolitik keine explizite Politik des ländlichen Raums existiert. Die KdK erachtet das Fehlen einer Politik des ländlichen Raums als Hindernis für die Abkehr vom Konkurrenzdenken zwischen Stadt und Land und die Etablierung einer lösungsorientierten Zusammenarbeit.

Die ländlichen Räume sind aufgrund der Verflechtungen von Stadt und Land verstärkt in die tripartite Zusammenarbeit einzubeziehen. Der Einbezug der ländlichen Räume hat auf gleicher Augenhöhe und in Form einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Städten und Agglomerationen zu erfolgen. Als langfristige Vision ist eine einzige Regionen-Politik denkbar, die sowohl ländliche Räume als auch Agglomerationen umfasst.

2.1.4 Zusammenarbeit Bund – Kantone

Föderalismus-Dialog Bund – Kantone

Zweimal pro Jahr treffen sich Delegationen des Bundesrates und der KdK zum "Föderalismus-Dialog Bund – Kantone". An diesen Treffen sollen Kooperationsfragen im Verhältnis Bund – Kantone frühzeitig erkannt, der Informations- und Meinungsaustausch über wichtige föderalistische Themen sichergestellt und die politische Abstimmung verbessert werden.

Der Leitende Ausschuss traf sich am 19. März und am 1. Oktober 2010 mit einer Delegation des Bundesrates zum Föderalismus-Dialog. Dabei wurden u. a. folgende Themen diskutiert: Europapolitik bzw. europapolitische Standortbestimmung und innerstaatlichen Reformen, Forderungen der EU betreffend kantonale Unternehmensbesteuerung, Vereinbarung Schweiz – Libyen, NFA-Wirksamkeitsbericht, Nationale Föderalismuskonferenz 2011, Monitoring-Bericht Föderalismus 2009 sowie Wahlberechtigung an Ständeratswahlen für Auslandsschweizerinnen und -schweizer.

Stammtisch der Kantone

Jeweils am Montagabend der zweiten Sessionswoche der Eidgenössischen Räte lädt die KdK zu einem "Stammtisch der Kantone" ein. Mit dem Ziel, die Beziehungen zu den eidgenössischen Parlamentariern zu pflegen und den Meinungsaustausch zu intensivieren, treffen sich dabei Vertreterinnen und Vertreter des Leitenden Ausschusses der KdK und weitere kantonale Regierungsmitglieder mit Mitgliedern des Ständerates sowie ehemaligen Regierungsmitgliedern des Nationalrates in ungezwungenem Rahmen. Der Stammtisch ist jeweils einem aktuellen politischen Thema gewidmet.

Anlässlich der Sessionen der Eidgenössischen Räte fanden 2010 vier Stammtische statt, an denen folgende Themen diskutiert wurden: Agglomerationsverkehr und Engpassbeseitigung im Nationalstrassennetz (Frühjahrssession), NFA-Wirksamkeitsbericht und aktuelle Entwicklungen im Bereich der Wohneigentumsbesteuerung (Sommeression), Teilrevision Raumplanungsgesetz (RPG) (Herbstsession) sowie Verständigungslösung zwischen Bund und Kantonen betreffend Konsolidierungsprogramm und NFA-Haushaltsneutralität (Wintersession).

Treffen mit dem Büro des Ständerates

Zweimal pro Jahr findet ein Treffen zwischen dem Büro des Ständerates und dem Leitenden Ausschuss der KdK statt, um aktuelle politische Themen oder Fragen bezüglich der Optimierung der Zusammenarbeit Ständerat – KdK gemeinsam zu diskutieren.

In der Berichtsperiode fanden zwei Treffen mit dem Büro des Ständerates statt. Neben allgemeinen Fragen der Zusammenarbeit Ständerat – KdK wurden u. a. folgende Themen behandelt: Anhörungen der Kantone vor Kommissionen der eidgenössischen Räte, Fahrplan parlamentarische Beratung zum NFA-Wirksamkeitsbericht sowie zum Konsolidierungsprogramm, Rolle der Staatspolitischen Kommission des Ständerates (SPK-S) im Zusammenhang mit dem Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative, europapolitische Standortbestimmung und innerstaatliche Reformen, Nationale Föderalismuskonferenz 2011 sowie Monitoring-Bericht Föderalismus 2009.

Parlamentarische Anhörungen

Es liegt im Ermessen des jeweiligen Kommissionspräsidiums, die Kantone bzw. entsprechende Delegationen der Kantone zu Anhörungen einzuladen, insbesondere dann, wenn vitale Interessen der Kantone betroffen sind.

Damit die kantonalen Interessen im Ständerat besser berücksichtigt werden können, beschlossen Delegationen des Ständerates und der KdK anlässlich eines Treffens vom 7. Oktober 1998, in Zukunft vermehrt Vertreter der Kantone (Direktorenkonferenzen oder KdK) in die Kommissionsarbeit des Ständerates einzubeziehen. In Umsetzung dieses Beschlusses übermittelt das Sekretariat des Ständerates der KdK jeweils kurz vor Sessionsbeginn eine Liste mit den zur Behandlung in den Kommissionen anstehenden Geschäften. Im Berichtsjahr nahmen Delegationen der KdK an folgenden Anhörungen teil:

Datum	Kommission	Geschäft
25.03.2010	SGK-N ¹	Finanzierung von Vorsorgeeinrichtungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften
02.09.2010	APK-S ²	Anpassung Verhandlungsmandat Stromverhandlungen mit EU
20.10.2010	APK-S	Bericht Markwalder
25.10.2010	APK-N ²	Bericht Markwalder

2.1.5 Koordination mit Direktorenkonferenzen und regionalen Regierungskonferenzen

Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen

Die Koordination mit den Direktorenkonferenzen erfolgt im Rahmen der Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen (KoSeKo), deren Sekretariat von der KdK geführt wird. Die KoSeKo führte am 11. März und 2. November 2010 ihre halbjährlichen Mitgliederversammlungen durch, die hauptsächlich dem gegenseitigen Informationsaustausch dienen. An der Frühjahrversammlung wurden als Haupttraktandum die Datenerhebung und die Reportinginhalte und -prozesse des Projekts Kosten der Regierungs- und Direktorenkonferenzen (KoRK, vgl. 2.2.1.) besprochen. An der Herbstversammlung wurde das Vorgehen bei Vernehmlassungen und Anhörungen zu Geschäften, die mehrere Konferenzen betreffen, als Schwerpunktthema behandelt.

¹ Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-N)

² Aussenpolitische Kommission des Ständerates (APK-S) und des Nationalrates (APK-N)

Kerngruppe Fachkoordination der KoSeKo

Der Kerngruppe Fachkoordination, geführt von der KdK, gehören alle Generalsekretärinnen und -sekretäre der im Haus der Kantone domizilierten Konferenzen an. Sie befasst sich an vier, auf die Sessionen des Bundesparlaments abgestimmten Sitzungen mit den neuen Vernehmlassungs- und Gesetzgebungsvorlagen des Bundes sowie mit konferenzübergreifenden Projekten. Das Ziel dieser regelmässigen Fachkoordination besteht darin, die Interessenvertretung der Kantone zu bündeln, um wenn immer möglich gegenüber dem Bund geeint auftreten zu können. Gestützt auf die Meldungen aller Konferenzen werden deren Betroffenheiten festgestellt, die Interessenlage diskutiert und die Federführung einer Konferenz zugewiesen.

Kerngruppe Weiterbildung der KoSeKo

Die 4. KoSeKo-Weiterbildungsveranstaltung vom 3. Dezember 2010 widmete sich in einem ersten Teil der Frage Bundesrahmengesetze vs. interkantonale Konkordate. Im zweiten Teil folgte eine Auseinandersetzung mit Fragen der politischen Kommunikation. In Workshops setzten sich die insgesamt 36 Teilnehmenden anschliessend mit den Themenkreisen Subsidiarität, Demokratie und Komplexität der interkantonalen Zusammenarbeit auseinander.

Leitorgan Haus der Kantone

Als Mieterin von Räumlichkeiten im Haus der Kantone ist die KdK, vertreten durch die Generalsekretärin, Mitglied des Leitorgans Haus der Kantone. Das Leitorgan Haus der Kantone regelt sämtliche Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Nutzung des Hauses der Kantone an der Speichergasse 6 in Bern ergeben. Es traf sich im Verlaufe des Jahres zu insgesamt drei Sitzungen.

Regionale Regierungskonferenzen

Die Sekretärinnen und Sekretäre der regionalen Regierungskonferenzen trafen sich am 28. Mai und am 17. November 2010 mit dem KdK-Sekretariat zum gegenseitigen Gedanken- und Informationsaustausch. Seit diesem Jahr nimmt an diesen halbjährlich stattfindenden Treffen auch der Sekretär der Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich teil.

2.2 Weitere Aktivitäten

2.2.1 Allgemeines

Legislaturplanung des Bundes

Über die KdK haben die Kantonsregierungen an den letzten drei Legislaturplanungen des Bundes mitgewirkt. Unter Berücksichtigung des Fahrplans des Bundes definierte der Leitende Ausschuss am 5. November 2010 zwei Phasen für den Einbezug der Kantone in die Legislaturplanung 2011 – 2015. Mitte Mai 2011 ist eine Eingabe zu den Grundzügen der Legislaturplanung vorgesehen und Ende September 2011 werden die Kantonsregierungen ihre Erwartungen zu den prioritären (gesetzgeberischen) Massnahmen einbringen.

Forum of Federations: Internship Programme

In Zusammenarbeit mit dem Forum of Federations (FoF) und dem Institut für Föderalismus der Universität Freiburg (IFF) wurde im Berichtsjahr ein Programm lanciert, bei dem im Rahmen so genannter "Internships" ausgewählten Nachwuchskräften aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft in Entwicklungs- und Transformationsländern die Möglichkeit gegeben wird, ein 6-wöchiges Praktikum in einer Kantonsverwaltung zu absolvieren und einen funktionierenden föderalistischen

Staat zu erleben. Die Praktika, welche vom FoF finanziert wurden, sollen jeweils im unmittelbaren Anschluss an die Sommeruniversität stattfinden, die das IFF jährlich im August / September organisiert. Im Berichtsjahr konnten in sechs Kantonen (ZH, BE, FR, BS, GR und VD) Praktika durchgeführt werden, wobei ein Praktikant sein Praktikum bereits nach drei Wochen abgebrochen hat. Sämtliche kantonalen Betreuer sowie die Praktikantinnen und Praktikanten äusserten sich sehr positiv zu ihren Erfahrungen mit dem Praktikum.

Verfahren zur Festlegung der Mehrheiten und Abstimmungsmodalitäten der interkantonalen Konferenzen

Auf Anregung der Westschweizer Regierungskonferenz wurde eine Übersicht über alle aktuell geltenden Regelungen erstellt, die in den Direktorenkonferenzen bei der Festlegung von Mehrheiten zu Anwendung kommen. Die Analyse hat gezeigt, dass die Verfahren sehr unterschiedlich geregelt sind. Als Ergebnis der Erhebung wurde für jede Konferenz ein Faktenblatt erstellt.

Gesamtübersicht über die Aufwendungen und Entwicklungen im Bereich der Regierungs- und Direktorenkonferenzen

Am 2. Juli 2010 hat die FDK den Schlussbericht zu der im Auftrag der KdK erstellten Gesamtübersicht über die Kosten der Regierungs- und Direktorenkonferenzen (Projekt KoRK) abgeliefert. Als Hauptergebnis wurde der Finanzbericht 2009 zu den Regierungs- und Direktorenkonferenzen erstellt. Die ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit wurde beauftragt, die Finanzberichterstattung im Jahresrhythmus weiterzuführen.

KdK-Flyer

Auf Anregung des Präsidenten der KdK erarbeitete das Sekretariat einen Flyer, in dem die wichtigsten Informationen zur KdK (Zweck, Organisation, Arbeitsweise, Schwerpunktthemen) zusammengestellt sind. Dieser KdK-Flyer ist in den vier Landesprachen sowie in Englisch erhältlich.

Archivierungsprojekt

Ungefähr 265 Laufmeter Akten befanden sich in verschiedenen Räumen der Archive der ch Stiftung und der KdK. Diese Akten wurden durch die Firma Docuteam ausgewertet. Die Akten, die die Vorgaben der Archivwürdigkeit erfüllten, werden Anfangs März 2011 dem Staatsarchiv St.Gallen übergeben. Der im Rahmen des Archivierungsprojekts entstandene, allgemeingültige Registraturplan konnte definitiv eingeführt werden. Er entspricht sowohl einheitlichen Richtlinien als auch Vorgaben zur Schriftgutverwaltung. Das neue Ordnungssystem ist seit dem 1. August 2010 allen Mitarbeitenden der ch Stiftung und der KdK zugänglich.

Geschäftsabwicklung elektronische Kooperationsplattform

Zur Unterstützung der Geschäftsabwicklung zwischen den Kantonsregierungen und der KdK wurde 2003 die elektronische Kooperationsplattform Closed User Group (CUG) eingeführt. Auf Antrag des Sekretariates beschloss der Leitende Ausschuss der KdK am 5. November 2010, zur Verbesserung der Übersichtlichkeit im CUG-Bereich KdK – Kantone ab Anfang 2011 verschiedene Geschäftskategorien einzuführen.

2.2.2 Aussenpolitik

Neben zahlreichen weiteren Aktivitäten im Zusammenhang mit der Vertretung der Interessen der Kantone in ausserpolitischen Fragen und den bereits an anderem Ort erwähnten Tätigkeiten standen im Berichtsjahr insbesondere die nachfolgenden Aktivitäten im Vordergrund:

Europapolitik

Am 26. Mai 2010 konnte den Mitgliedern des Binnenmarktausschusses des Europäischen Parlaments (IMCO-Ausschuss) im Rahmen eines Besuchs in der Bundeshauptstadt der föderale Aufbau der Schweiz und die Rolle der Kantone in der Aussenpolitik des Bundes näher gebracht werden. Anlässlich eines Besuchs der Mitglieder der EFTA-Ratsgruppe des Ministerrates der EU in der Schweiz vom 22. bis 25. Juni 2010 erörterte der Präsident der KdK am 22. Juni 2010 in Lausanne mit den Vertreterinnen und Vertretern der Mitgliedstaaten der EU europa- und finanzpolitische Fragen sowie Fragen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Nach Verabschiedung der europapolitischen Standortbestimmung am 25. Juni 2010 wurde die Haltung der Kantonsregierungen einer Delegation des Bundesrates erläutert. Zudem fand ein ständiger Dialog mit den Bundesbehörden zwecks Vorbereitung der Gespräche mit der EU statt. Ein Vertreter des Sekretariats der KdK wurde vom Leitenden Ausschuss in die vom Bundesrat eingesetzte Begleitgruppe für die Gespräche mit der EU über institutionelle Fragen entsandt.

Nach 14 Jahren der indirekten Teilnahme konnte am 16. Februar 2010 unter Beteiligung einer Vertreterin der Kantonsregierungen das Abkommen über die offizielle Teilnahme der Schweiz an den Jugend- und Bildungsprogrammen der Schweiz unterzeichnet werden. Wie in den vergangenen Jahren nahmen Vertreterinnen und Vertreter der verschiedenen Arbeitsgruppen der Begleitorganisation der KdK an den Sitzungen der Gemischten Ausschüsse in den Bereichen Personenfreizügigkeit sowie Land- und Luftverkehr teil. Daneben setzte die Begleitorganisation der KdK die allgemeine Beobachtung und Analyse der Weiterentwicklung der sektoriellen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU fort und führte über ihre Arbeitsgruppen eine Reihe von informellen Konsultationen betreffend die Übernahme und die Umsetzung neuer Rechtsentwicklungen durch.

Weitergeführt wurde auch die Begleitung der Weiterentwicklungen von Schengen / Dublin sowie – in Zusammenarbeit mit der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) – die Umsetzungsvorbereitung dieser Weiterentwicklungen in den Kantonen. Vertreter der Begleitorganisation Schengen / Dublin der KdK (BOSD) nahmen im Berichtsjahr wiederum an zahlreichen Sitzungen der zuständigen Arbeitsgruppen der EU in Brüssel teil, an welchen Weiterentwicklungen des Schengen / Dublin-Besitzstands erarbeitet wurden.

Zusammen mit der Konferenz Kantonaler Energiedirektoren (EnDK) begleitete das KdK-Sekretariat weiter die im November 2007 aufgenommenen Verhandlungen mit der EU über ein Abkommen im Elektrizitätsbereich.

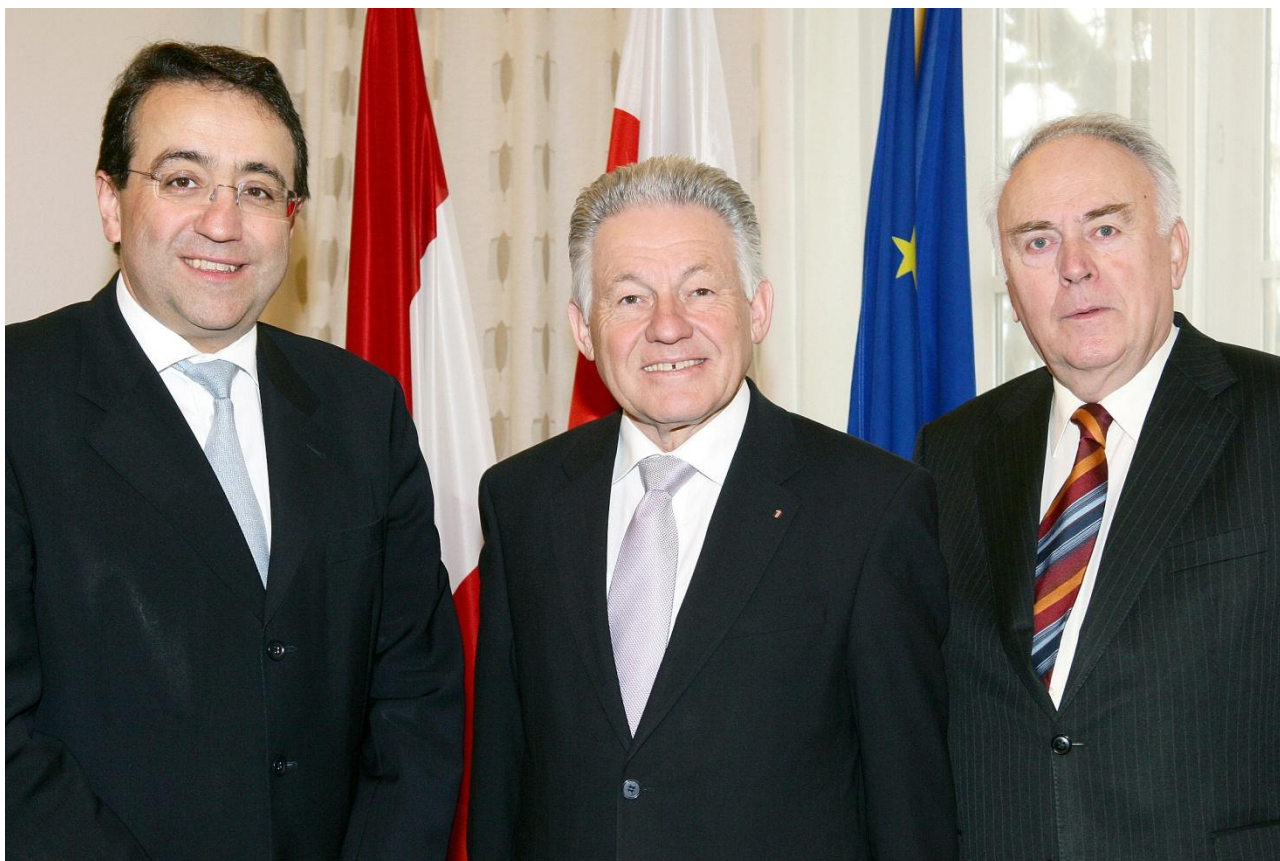
Das KdK-Sekretariat verfolgte ausserdem in Zusammenarbeit mit dem Zentralsekretariat der Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) die laufenden Verhandlungen über ein Abkommen mit der EU in den Bereichen Freihandel Landwirtschaft (FHAL) sowie Gesundheit.

Kantonale Unternehmensbesteuerung

Die Arbeitsgruppe Finanz- und Fiskalfragen der KdK verfolgte im Berichtsjahr weiterhin die Entwicklungen im Zusammenhang mit der Kontroverse mit der EU in Bezug auf gewisse kantonale Steuerregimes. Sie beteiligte sich zusammen mit den zuständigen Stellen des Bundes an der Festlegung der Schweizer Position in dieser Frage und bereitete die diesbezüglichen politischen Beschlüsse der zuständigen Gremien von FDK und KdK vor.

EuropaReformenKantone

Die Arbeitsgruppe EuropaReformenKantone (EuRefKa) nahm im Berichtsjahr nach Verabschiedung der europapolitischen Standortbestimmung vom 25. Juni 2010 die Arbeiten zur Konkretisierung der notwendigen innerstaatlichen Reformen an die Hand.



Präsidiumstreffen der Konferenzen der Länder- und Kantonsregierungen von Österreich, Deutschland und der Schweiz: Landeshauptmann von Oberösterreich Josef Pühringer, Regierungspräsident des Kantons Waadt Pascal Broulis (links) und Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt Wolfgang Böhmer (rechts)

Freihandelsabkommen mit Staaten ausserhalb der EU

Die Arbeitsgruppe Dienstleistungen der KdK verfolgte im Berichtsjahr weiter die intensivierten Bemühungen des Bundes im Hinblick auf den Abschluss von Freihandelsabkommen mit Drittstaaten ausserhalb der EU, sei es bilateral oder im Rahmen der EFTA. Im Nachgang zu einem Treffen mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) und dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Dienstleistungen der KdK konnte Ende August 2010 eine vertiefte Zusammenarbeit betreffend verschiedenen offenen Punkten in den laufenden Freihandelsverhandlungen vereinbart werden.

WTO / GATS

Um den Verpflichtungen der Schweiz im Rahmen des GATS nachzukommen, ersuchte das SECO im August 2010 die Kantone um Mitteilung von GATS-relevanten Neuerungen und Änderungen in der kantonalen Gesetzgebung für den Zeitraum vom 1. August 2008 bis 31. Juli 2010. Gestützt auf die entsprechenden Rückmeldungen der Kantone notifizierte die KdK dem SECO für den fraglichen Zeitraum insgesamt 45 GATS-relevante Neuerungen oder Änderungen des kantonalen Rechts. Im Berichtsjahr verfolgte das KdK-Sekretariat zudem weiterhin die Entwicklungen im Rahmen der laufenden WTO-Verhandlungen.

Korruptionsbekämpfung

Nachdem der Bundesrat am 19. Dezember 2008 beschlossen hatte, eine interdepartementale Gruppe zur Korruptionsbekämpfung (IDAG) einzusetzen und die Kantone eng in die Arbeiten der IDAG einzubeziehen, nahm das KdK-Sekretariat auch im Berichtsjahr an verschiedenen Sitzungen der IDAG teil. Im Rahmen dieser Tätigkeit wurde im Berichtsjahr insbesondere ein konsolidierter

Fragebogen betreffend die Umsetzung verschiedener internationaler Übereinkommen im Bereich der Korruption erarbeitet und den Kantonen übermittelt.

2.2.3 Innenpolitik

Folgearbeiten zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen

Das NFA-Controlling, d. h. die Überwachung der Einhaltung der NFA-Grundsätze in der Bundespolitik, gehört zu den Daueraufgaben der KdK. Anhand der von der Kerngruppe Fachkoordination der KoSeKo (vgl. 2.1.5.) bearbeiteten Geschäftslisten werden die neuen Vernehmlassungs- und Gesetzesvorlagen des Bundes systematisch analysiert. Es wird geprüft, ob die Grundsätze der Aufgabenteilung (Subsidiarität und fiskalische Äquivalenz) eingehalten sind und ob beim Vollzug von Bundesrecht durch die Kantone Programmvereinbarungen eingesetzt werden. Die Geschäftslisten werden dem Leitenden Ausschuss der KdK vierteljährlich zur Kenntnis gebracht.

Hinsichtlich des neuen Instruments der Programmvereinbarung wurden an einem von der Eidgenössischen Finanzverwaltung organisierten Seminar erste Erfahrungen zwischen Bund und Kantonen ausgetauscht.

Der institutionelle Rahmen für die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich konnte vervollständigt werden. Die interkantonale Vertragskommission hat sich am 5. Februar 2010 konstituiert und die von ihr ausgearbeitete Geschäftsordnung wurde von der Plenarversammlung der KdK am 25. Juni 2010 genehmigt.

Gesamtschweizerisches Präventionsprogramm Jugend und Gewalt 2011 – 2015

Der Bundesrat hat am 11. Juni 2010 das "Gesamtschweizerische Präventionsprogramm Jugend und Gewalt 2011 – 2015" verabschiedet. Dieses Programm, das schwerpunktmässig in den Bereichen Familie, Schule und Sozialraum ansetzt, haben Bund, Kantone und Gemeinden gemeinsam erarbeitet. Durch die Bündelung bestehender Erfahrungen, einem intensiven Austausch und gemeinsamen Lernprozess der verantwortlichen Akteure sollen wesentliche Impulse für die Verbesserung der Präventionspraxis und die Bekämpfung von Jugendgewalt erfolgen. Der Bundesrat hat das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) beauftragt, die Federführung für die Steuerung und operative Umsetzung des Präventionsprogramms unter Beizug der interessierten Bundesstellen, der Kantone, Städte und Gemeinden zu übernehmen. Zur Erfüllung dieses Auftrags hat das BSV eine Steuergruppe eingesetzt, die sich aus Vertreterinnen und Vertretern des Bundes, der Kantone sowie der Kommunalverbände zusammensetzt. Gestützt auf entsprechende Vorschläge der vom Thema betroffenen Direktorenkonferenzen EDK, KKJPD und SODK hat der Leitende Ausschuss der KdK die kantonale Delegation in dieser Steuergruppe bestimmt.

Anwendbarkeit des Bundesdatenschutzgesetzes auf Datenerhebungen kantonaler und kommunaler öffentlicher Organe

Anfang September 2010 machte die Vereinigung der schweizerischen Datenschutzbeauftragten (privatim) die KdK auf möglicherweise verfassungswidrige Bestimmungen in verschiedenen Bundesgesetzen betreffend die Anwendbarkeit des Bundesdatenschutzgesetzes für das Datenbearbeiten durch kantonale und kommunale öffentliche Organe aufmerksam. Deshalb beschloss die Plenarversammlung am 17. Dezember 2010, den Kantonsregierungen und den Direktorenkonferenzen zu empfehlen, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zukünftig verstärkt auf verfassungskonforme Bestimmungen im Bereich des Datenschutzes zu pochen.

E-Government-Strategie Schweiz

Die Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz regelt die Zusammenarbeit von Bund und Kantonen bei der Umsetzung der E-Government-Strategie Schweiz von 2007 – 2011. Zur Begleitung der Arbeiten wurde ein gemeinsamer Steuerungsausschuss eingesetzt. Die Gremien der KdK wurden durch die kantonalen Vertreter in diesem Steuerungsausschuss regelmässig über dessen Arbeiten informiert.

Raumkonzept Schweiz

Seit 2006 erarbeiten das UVEK, die KdK und die Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK) sowie die Kommunalverbände gemeinsam ein Raumkonzept Schweiz. Nach zwei Sitzungen im April und Juni 2010 auf technischer Ebene konnte die politische Begleitgruppe am 30. August 2010 einen Entwurf des Raumkonzepts zuhanden einer breiten Konsultation bei Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden sowie weiteren interessierten Kreisen bereinigen und verabschieden. Diese Konsultation wird Anfang 2011 ausgelöst.

Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative

Der KdK-Präsident hat den Ständerat im Vorfeld der Diskussion über den direkten Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative und den darin festgehaltenen Integrationsartikel darauf hingewiesen, dass sich die Kantone entschieden gegen neue Bundeskompetenzen im Integrationsbereich wehren. Die Kantone wehrten sich dagegen, dass der Bund unter dem Titel "Integration" eine neue Verfassungsbestimmung einführen wollte, die es ihm erlaubt hätte, den Kantonen in diesen Bereichen Vorschriften zu machen. Ob Integration gelingt, entscheidet sich letztlich vor Ort, z. B. in den Einrichtungen der familienergänzenden Kinderbetreuung, in den Schulen, in der Berufsausbildung, am Arbeitsplatz, über Massnahmen der Sozialhilfe, im Quartier und in den Vereinen. Dies sind alles Bereiche, die grösstenteils in der Zuständigkeit von Kantonen, Gemeinden oder Privaten liegen.

Ständeratswahlen und Auslandschweizerinnen und -schweizer

Der Leitende Ausschuss vom 27. August 2010 diskutierte das Anliegen des Bundesrats, dass jene Kantone, die dies nicht bereits ermöglichen, die Wahlberechtigung an Ständeratswahlen für Auslandschweizerinnen und -schweizer prüfen sollten. Der Leitende Ausschuss beschloss, den Kantonsregierungen das Anliegen zur Kenntnis zu bringen, verzichtete jedoch auf eine Handlungsempfehlung.

Kinderrechtskonvention

Die Schweiz hat sich mit der Ratifizierung der Kinderrechtskonvention (CRC) zu einer periodischen Berichterstattung verpflichtet. Anfang März 2010 unterbreitete die Sektion Menschenrechte und humanitäres Völkerrecht der Direktion für Völkerrecht im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) den Kantonen im Rahmen einer fachtechnischen Befragung den Entwurf des zweiten und dritten Staatenberichts der Schweiz über die Kinderrechtskonvention. Die sehr kurze Beantwortungsfrist führte zu kritischen Reaktionen bei den Kantonen. Das KdK-Sekretariat wurde damit beauftragt, das Verfahren seitens der Kantone zu koordinieren, um den Aufwand für alle beteiligten Akteure in einem vertretbaren Rahmen zu halten. Gestützt auf eine Umfrage bei den Kantonen erarbeitet das KdK-Sekretariat in der Folge eine kantonale Rückmeldung zu dem vom EDA vorgelegten Entwurf des zweiten und dritten Staatenberichts.

Tripartite Agglomerationskonferenz

Die Kommission Städte bereitete jeweils im Hinblick auf die Sitzungen der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK) die Haltung der kantonalen Delegation zu den einzelnen TAK-Traktanden vor. In dieser Funktion nahm sie im Rahmen einer Vorkonsultation Stellung zum Bericht des Bundesamts für Raumentwicklung (ARE) und des SECO über die Weiterentwicklung der Agglomerationspolitik des Bundes.



2.2.4 Mandate

Geschäftsstelle der Tripartiten Agglomerationskonferenz

Die Geschäftsstelle der TAK besorgte die Vor- und Nachbereitung der TAK-Sitzungen vom 25. Juni und 19. November 2010 sowie der Sitzungen der Tripartiten Technischen Arbeitsgruppe (TTA). Neben den zwei ordentlichen TTA-Sitzungen vom 5. Mai und 16. September 2010 fanden im Berichtsjahr am 24. Februar eine ausserordentliche TTA-Sitzung zum Thema "Grundlagenbericht zur Fortsetzung der TAK" sowie drei zusätzliche Sitzungen der um mehrere Finanzexperten erweiterten TTA zur Begleitung des Projekts "Finanzierungs- und Lastenausgleichsfragen in Agglomerationen" statt.

Im Hinblick auf die Sitzung der TAK vom 25. Juni 2010 wertete die Geschäftsstelle die Konsultation zum TAK-Bericht "Abstimmung der Agglomerationspolitik mit der Politik des ländlichen Raums" aus. Ein weiterer Schwerpunkt war die Erarbeitung des Berichts "Grundlagen für den Grundsatzentscheid über die Fortsetzung der TAK" in Zusammenarbeit mit der TTA. Gestützt auf eine umfassende Würdigung der TAK werden Varianten zur zukünftigen Ausrichtung und Organisation vorgeschlagen. Diesen Bericht verabschiedete die TAK an ihrer Sitzung vom 25. Juni 2010 zuhanden ihrer Träger, zusammen mit konkreten Aufträgen und Empfehlungen zur Fortsetzung der TAK. Die Träger der TAK sind eingeladen, zuhanden der TAK vom 1. Juli 2011 ihre diesbezügliche Haltung festzulegen.

Ausserdem erarbeitete die Geschäftsstelle den Bericht "Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Ansätze einer schweizerischen Metropolitanpolitik". Dieses von der TAK im Juni 2008 beschlossene Projekt hatte zum Ziel, Vorschläge zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der wirtschaftlichen Schlüsselräume Zürich, Basel, Genf – Lausanne sowie Bern zu erarbeiten. Gestützt auf die Ergebnisse von vier regionalen Ateliers wird im Bericht aufgezeigt, wie die wirtschaftlichen Schlüsselräume der Schweiz in der Erfüllung von Metropolitanfunktionen gezielt unterstützt werden können. Basierend auf diesem Bericht verabschiedete die TAK am 25. Juni 2010 Handlungsempfehlungen betreffend Grundsätze, prioritäre Politikbereiche, Instrumente und die Koordination einer Metropolitanpolitik.

Geschäftsstelle der Schweizerischen Konferenz der kommunalen, regionalen und kantonalen Integrationsdelegierten

Die Geschäftsstelle der Schweizerischen Konferenz der Integrationsdelegierten (KID) hat im Berichtsjahr insgesamt drei gesamtschweizerische Tagungen (St. Gallen, Bern, Delémont), zwei Vorstandssitzungen, eine Vorstandsretraite sowie ein Treffen zwischen dem Präsidium und dem BFM organisiert und inhaltlich vor- und nachbereitet. Zusätzlich hat die Geschäftsstelle an insgesamt neun Regionalgruppentreffen in der ganzen Schweiz teilgenommen, wodurch der Informationsfluss zwischen den Regionen sichergestellt werden konnte.

Im Zentrum der KID-Arbeiten stand die Weiterentwicklung der schweizerischen Integrationspolitik: Die Geschäftsstelle nahm gemeinsam mit den Delegierten an vier BFM-Workshops teil. Im Anschluss daran formulierte die Geschäftsstelle Empfehlungen zur Planung der Weiterentwicklung für die Jahre 2010 bis 2013. Ende Jahr wurden die Überlegungen der KID als Fachmeinung zuhanden der politischen Ebene zusammengefasst und in das am 17. Dezember 2010 einstimmig verabschiedete KdK-Positionspapier eingebracht.

Einen weiteren thematischen Schwerpunkt setzte die KID bei der Umsetzung des Informationsauftrags gemäss Art. 56 AuG. Dabei wurden folgende zwei Akzente gesetzt: Einerseits verschaffte sich die zuständige KID-Arbeitsgruppe einen Überblick über die entsprechenden Umsetzungsarbeiten in den Kantonen und Gemeinden, identifizierte Lücken und formulierte vier Vorschläge für mögliche Vertiefungsarbeiten. Andererseits übernahm das BFM die Leitung bei der Erarbeitung eines Kommunikationskonzepts Integration. Diese Arbeiten wurden durch die KID kritisch begleitet.

Schliesslich beschäftigte sich die KID auch mit den folgenden Themen: Integrationsdiskurse in den gesetzlichen Grundlagen und in der Praxis, Integrationsförderung im Frühbereich, Sprachstanderfassung und Lernfortschrittkontrollen bei niederschweligen Sprachkursen sowie Umsetzung von Art. 50 AuG bei häuslicher Gewalt. Am 11. März 2011 verabschiedete die KID eine Stellungnahme zur Bürgerrechtsrevision.

3 Rechnung

Die Jahresrechnung 2010 der KdK schliesst bei einem Aufwand von CHF 3'106'790.84 mit einem Einnahmeüberschuss von CHF 92'209.16 ab, welcher gemäss Kostenverteiler dem Guthaben der Kantone zugewiesen wurde. Das Guthaben der Kantone erhöht sich dadurch auf CHF 706'387.83.

Die Revision der Jahresrechnung 2010 wurde vom 12. bis 14. April 2011 durch die Finanzkontrolle des Kantons Solothurn vorgenommen. Der Bericht der Revisionsstelle befindet sich im Anhang 5 dieses Berichts.

Jahresrechnung 2010

(revidiert)

	Rechnung 2010		Budget 2010		Rechnung 2009	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
KONFERENZ DER KANTONSREGIERUNGEN	3'202'974.89	3'295'184.05	3'319'000.00	3'319'000.00	3'215'714.87	3'300'027.10
Personal / Nebenkosten	2'540'345.70		2'554'000.00		2'495'393.00	
Büromaterialien / Drucksachen	33'956.35		41'500.00		20'247.00	
Räumlichkeiten / Infrastruktur	225'597.85		251'000.00		239'032.29	
Dienstleistungen	35'170.95		48'500.00		38'006.55	
Arbeitsgruppen / Projekte	221'023.69		210'000.00		240'555.33	
Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK)	132'952.35		200'000.00		171'297.65	
Übrige Ausgaben	13'928.00		14'000.00		11'183.05	
Kantonsbeiträge		3'199'000.00		3'199'000.00		3'152'000.00
Beiträge TAK Bund und Gemeinden		79'771.40		120'000.00		102'778.60
Übrige Einnahmen		16'412.65		0.00		45'248.50
Ertragsüberschuss	92'209.16		0.00		84'312.23	
Total	3'295'184.05	3'295'184.05	3'319'000.00	3'319'000.00	3'300'027.10	3'300'027.10

Guthaben Kantone 01.01.2010	614'178.67
Zuteilung Kostenverteiler	92'209.16
Guthaben Kantone 31.12.2010	706'387.83

Kostenverteiler 2010

(gemäss Art. 14 der Vereinbarung vom 8.10.1993)

Kanton	Wohnbevölkerung Eidg. Volkszäh- lung 2000	Schlüssel 2000	Kantons- beiträge 2010
Aargau	547'493	7.51%	240'317
Appenzell AR	53'504	0.73%	23'485
Appenzell IR	14'618	0.20%	6'416
Basel-Landschaft	259'374	3.56%	113'850
Basel-Stadt	188'079	2.58%	82'555
Bern / Berne	957'197	13.13%	420'152
Fribourg / Freiburg	241'706	3.32%	106'094
Genève	413'673	5.68%	181'578
Glarus	38'183	0.52%	16'760
Graubünden / Grischun / Grigioni	187'058	2.57%	82'107
Jura	68'224	0.94%	29'946
Luzern	350'504	4.81%	153'850
Neuchâtel	167'949	2.30%	73'720
Nidwalden	37'235	0.51%	16'344
Obwalden	32'427	0.44%	14'234
St.Gallen	452'837	6.21%	198'768
Schaffhausen	73'392	1.01%	32'215
Schwyz	128'704	1.77%	56'493
Solothurn	244'341	3.35%	107'251
Thurgau	228'875	3.14%	100'462
Ticino	306'846	4.21%	134'687
Uri	34'777	0.48%	15'265
Valais / Wallis	272'399	3.74%	119'567
Vaud	640'657	8.79%	281'210
Zug	100'052	1.37%	43'917
Zürich	1'247'906	17.12%	547'756
Total	7'288'010	100.00%	3'199'000

Einwohnerzahlen gemäss Wohnbevölkerung Bundesamt für Statistik

Introduction

Pour la première fois, les activités de la Conférence des gouvernements cantonaux (CdC) font l'objet d'un compte rendu sous forme de rapport séparé. L'année 2010 aura été intense pour la CdC et marquée par divers dossiers tant à l'échelon horizontal qu'au niveau vertical.

En politique extérieure, les gouvernements cantonaux ont procédé l'année dernière à une réévaluation de l'état des lieux en politique européenne et se sont prononcés en faveur de la poursuite de la voie bilatérale à court et moyen termes. Une condition est posée : tout resserrement institutionnel des relations avec l'UE passe par la mise en œuvre de réformes internes destinées à préserver le fédéralisme et la démocratie. L'imbrication étroite entre politique extérieure et politique intérieure est évidente en l'espèce et implique que les cantons fassent valoir leurs droits de participation. Ainsi, sur requête du canton de Genève, la CdC s'est occupée de l'accord Suisse - Libye dont la signature constitue, de l'avis des gouvernements cantonaux, une violation des droits de participation des cantons prévus à l'art. 55 de la Constitution fédérale.

En politique intérieure, l'Assemblée plénière de la CdC a pu adopter fin juin la prise de position commune des cantons sur le rapport sur l'évaluation de l'efficacité. Quand bien même des divergences d'opinion sont apparues entre les cantons à faible potentiel de ressources et ceux à fort potentiel de ressources, il est évident que les cantons sont toujours aussi résolument favorables à la Réforme de la péréquation financière et de la répartition des tâches entre Confédération et cantons (RPT). Autres thèmes figurant également à l'ordre du jour de la CdC en 2010 : une solution de compromis pour le financement des institutions de prévoyance des collectivités de droit public, la mise en œuvre du droit fédéral par les cantons ainsi que le Programme de consolidation (PCO) proposé par la Confédération. On peut qualifier de succès que la CdC soit parvenue dans ce cadre à négocier avec la Confédération un compromis portant sur quatre objets de politique financière encore en suspens, à savoir la neutralité budgétaire RPT, le soutien au PCO selon les modalités choisies, le nouvel arrêté sur le réseau des routes nationales (NEB) et la contribution de la Confédération à la compensation des cas de rigueur.

C'est avec persévérance que les processus lancés pour revoir de fond en comble la collaboration entre Confédération et cantons ont été poursuivis. Il s'agit en particulier de l'état des lieux en politique européenne et de la mise en œuvre des réformes institutionnelles internes qui s'y rapportent, comme aussi de l'amélioration des modalités de préparation et d'exécution du droit fédéral par les cantons. Un autre dossier en cours est celui de la collaboration intense avec la Confédération dans la définition commune des objectifs relevant des tâches communes telles que la politique d'intégration des étrangers.

La participation du plus grand nombre est la condition essentielle permettant de développer et mettre en œuvre des positions cantonales. Nombreux sont les défis durant tout le processus, de l'acquisition et du traitement des informations à l'adoption de prises de position par au moins 18 gouvernements cantonaux en passant par le développement et la consolidation de positions cantonales et la mise en œuvre des décisions. Ces efforts reflètent notre conception du service à fournir aux cantons et de la collaboration entre les cantons et la Confédération. Forte est la motivation qui nous anime, nous remercions de tout cœur toutes celles et ceux qui s'engagent dans ce sens.



Pascal Broulis, président du gouvernement
Président



Sandra Maissen
Secrétaire générale

CONFÉRENCE DES GOUVERNEMENTS CANTONAUX

RAPPORT ANNUEL 2010

1 Organisation

1.1 Assemblée plénière



L'organe suprême de la Conférence des gouvernements cantonaux (CdC) est l'Assemblée plénière, qui siège quatre fois par année et à laquelle chaque canton délègue une représentation. La représentation des cantons à la CdC est régie par le gouvernement du canton en question. Durant l'année sous revue ont pris part aux assemblées plénières de la CdC les conseillères et conseillers d'Etat suivants :

Canton	Représentation
ZH	Markus Notter, conseiller d'Etat
BE	Hans-Jürg Käser, conseiller d'Etat
LU	Yvonne Schärli-Gerig, conseillère d'Etat
UR	Heidi Z'graggen, conseillère d'Etat
SZ	Lorenz Bösch, conseiller d'Etat Peter Reuteler, conseiller d'Etat
OW	Niklaus Bleiker, conseiller d'Etat
NW	Alois Bissig, conseiller d'Etat Beat Fuchs, landammann
GL	Andrea Bettiga, conseiller d'Etat Robert Marti, landammann Rolf Widmer, conseiller d'Etat
ZG	Matthias Michel, conseiller d'Etat
FR	Georges Godel, conseiller d'Etat Beat Vonlanthen, président du gouvernement
SO	Esther Gassler, conseillère d'Etat Christian Wanner, conseiller d'Etat
BS	Christoph Brutschin, conseiller d'Etat Guy Morin, président du gouvernement
BL	Sabine Pegoraro, conseillère d'Etat
SH	Reto Dubach, conseiller d'Etat

AR	Jürg Wernli, conseiller d'Etat
AI	Daniel Fässler, landammann
SG	Willi Haag, président du gouvernement Josef Keller, conseiller d'Etat
GR	Martin Schmid, conseiller d'Etat
AG	Roland Brogli, conseiller d'Etat
TG	Claudius Graf-Schelling, conseiller d'Etat Monika Knill-Kradolfer, conseillère d'Etat
TI	Luigi Pedrazzini, président du gouvernement
VD	Pascal Broulis, président du gouvernement
VS	Jean-Michel Cina, président du gouvernement Maurice Tornay, conseiller d'Etat Esther Waeber-Kalbermatten, conseillère d'Etat
NE	Frédéric Hainard, conseiller d'Etat
GE	Pierre-François Unger, conseiller d'Etat
JU	Michel Probst, ministre

1.2 Bureau



L'organe exécutif de la CdC est le Bureau dont les membres sont nommés sur la base d'une clé de répartition régionale. Durant l'année sous revue, le Bureau de la CdC était composé comme suit :

Canton	Représentation
VD	Pascal Broulis, président du gouvernement, président
BE	Hans-Jürg Käser, conseiller d'Etat
ZH	Markus Notter, conseiller d'Etat
ZG	Matthias Michel, conseiller d'Etat
BL	Sabine Pegoraro, conseillère d'Etat
AI	Daniel Fässler, landammann, depuis le 1.10.2010
GR	Martin Schmid, conseiller d'Etat

TG	Claudius Graf-Schelling, conseiller d'Etat, jusqu'au 30.9.2010
TI	Luigi Pedrazzini, président du gouvernement
JU	Michel Probst, ministre

1.3 Autres commissions politiques et groupes de travail techniques

Outre ces deux organes principaux, la CdC compte une multitude de commissions et de groupes de travail en lien avec le traitement de certains dossiers et mandats. La liste de ces commissions et groupes de travail se trouve à l'annexe 2 du présent rapport. La liste des délégations de la CdC au sein d'organes ou groupes de travail nationaux ou internationaux se trouve à l'annexe 3.

1.4 Secrétariat



Conformément à la convention sur la CdC, la conférence dispose d'un secrétariat permanent. A l'assemblée constitutive de la CdC, la gestion du secrétariat a été confiée au sens d'un mandat à la Fondation ch pour la collaboration confédérale, laquelle avait d'ailleurs participé de manière prépondérante à la création de cette institution. Depuis lors, la Fondation ch gère le secrétariat de

la CdC et la directrice de la Fondation ch, Sandra Maissen, assume simultanément la fonction de secrétaire générale de la CdC.

A la fin de l'année sous revue, le secrétariat de la CdC occupait 25 personnes (19,6 équivalents plein temps), dont 22 ont leur bureau à la Maison des cantons (MdC) à Berne et trois au secrétariat de la Fondation ch à Soleure. Les collaborateurs des Services généraux assument des tâches aussi bien pour le secrétariat de la CdC que pour l'exploitation de la Maison des cantons.

L'organigramme se trouve à l'annexe 1 du présent rapport.

Effectifs au 31.12.2010

Secrétaire générale

- *Sandra Maissen*

Personnel

- *Beatrice Müller*, responsable

Finances

- *Monika Zanon*, responsable (depuis le 1^{er} mai 2010)
- *Judith Stephani*, assistante aux finances

Services généraux / Exploitation MdC

- *Vincent Vouilloz*, chef du service (depuis le 1^{er} février 2010)
- *Patrick Bergen*, traducteur
- *Christine Bonvin*, traductrice
- *Daniel Boschung*, informaticien
- *Susanna Bürki*, cheffe du secrétariat MdC / CdC (depuis le 1^{er} septembre 2010)
- *Jessica Cathomas*, collaboratrice réception MdC
- *Dorothee Ecklin*, traductrice, collaboratrice scientifique, cheffe du Service linguistique, cheffe suppléante du service
- *Manuela Furrer*, collaboratrice Secrétariat CdC
- *Aurélie Schaefer*, traductrice (depuis le 1^{er} mars 2010)
- *Adrien Schott*, stagiaire (depuis le 1^{er} décembre 2010)

Affaires extérieures CdC

- *Roland Mayer*, chef du service, secrétaire général suppléant CdC
- *Ursula Blumer*, chargée d'information des cantons au Bureau de l'intégration DFAE / DFE, cheffe adjointe du service
- *Réto Gasser*, représentant des cantons au DFJP
- *Felix Imhof*, collaborateur scientifique, suppléant de la chargée d'information des cantons au Bureau de l'intégration DFAE / DFE
- *Roland Krimm*, chargé d'information des cantons à la Mission de la Suisse auprès de l'UE à Bruxelles

Affaires intérieures / coordination CdC

- *Thomas Minger*, chef du service
- *Nadine Eckert*, collaboratrice scientifique
- *Nicole Gysin*, collaboratrice scientifique, cheffe adjointe du service
- *Tobias Weibel*, stagiaire scientifique (depuis le 1^{er} août 2010)
- *Christine Winkelmann*, collaboratrice scientifique

Mandats particuliers / Projets

- *Walter Moser*, Service RPT

Départs en cours d'année

Services généraux / Exploitation MdC

- *Vincent Dascher*, stagiaire (1^{er} juillet au 30 novembre 2010)
- *Ophélie Krall*, stagiaire (5 avril au 25 juin 2010)
- *Valérie Roduit*, collaboratrice réception MdC (jusqu'au 31 mars 2010)
- *Thaïsa Tagli*, stagiaire (jusqu'au 2 avril 2010)
- *Sandra Villiger*, cheffe Services généraux (jusqu'au 31 janvier 2010)

Affaires intérieures / coordination CdC

- *Jeannette Bär*, stagiaire scientifique (1^{er} février au 31 juillet 2010)
- *Roman Widmer*, stagiaire scientifique (jusqu'au 31 janvier 2010)

Ursula Blumer a pu fêter au cours de l'exercice ses 10 ans de service.

2 Activité

2.1 Points forts de travail

2.1.1 Assemblée plénière

Au cours de l'exercice, l'Assemblée plénière s'est réunie en séance ordinaire les 19 mars, 25 juin, 1^{er} octobre et 17 décembre. Outre l'adoption de prises de position sur différents sujets (cf. chiffre 2.1.3), elle a traité en 2010 les dossiers principaux ci-après.

Généralités

Conférence nationale sur le fédéralisme 2011

Les possibilités de procéder périodiquement à un tour d'horizon de l'évolution du fédéralisme et de dresser ensemble un état des lieux ne vont pas toujours de soi en Suisse. C'est pourquoi les gouvernements cantonaux, conjointement avec le Conseil fédéral et le Conseil des Etats, ont mis sur pied la Conférence nationale sur le fédéralisme.

Les deux premières éditions ont eu lieu à Fribourg (2005) puis à Baden (2008), et l'organisation de la troisième a été confiée au canton du Tessin par décision de l'Assemblée plénière du 19 mars 2010. Ce choix repose sur des considérations liées à la cohésion nationale et témoigne de la contribution de la Suisse italienne à la diversité culturelle du pays.

La troisième Conférence nationale sur le fédéralisme est donc organisée les 26/27 mai 2011 à Mendrisio dans les locaux de l'Accademia di architettura de l'Università della Svizzera italiana. Sur proposition du Tessin, les partenaires de la conférence ont choisi le thème « Le fédéralisme face aux nouveaux enjeux territoriaux : institutions, économie et identité ».

Politique extérieure

Réévaluation de l'état des lieux en politique européenne

Sur la base de travaux préliminaires intensifs et de plusieurs consultations des gouvernements cantonaux, l'Assemblée plénière de la CdC a adopté le 25 juin 2010 une réévaluation de l'état des lieux en politique européenne des gouvernements cantonaux. Sur le principe, les gouvernements cantonaux confirment que la priorité absolue doit revenir au maintien et à la mise en œuvre efficace des accords existants conclus avec l'UE. Dans la mesure où il est dans l'intérêt de la Suisse aux niveaux aussi bien politique qu'économique d'approfondir la collaboration avec l'UE dans certains domaines, les gouvernements cantonaux estiment opportun à court et moyen termes de continuer sur la voie bilatérale. Après toutefois que l'UE a soumis la conclusion de nouveaux accords bilatéraux à la condition que la Suisse s'engage à reprendre les développements du droit européen concerné et alors que le Conseil fédéral a déjà fixé les principes des modalités de cette reprise, les gouvernements cantonaux sont d'avis que ces modalités doivent être fixées dans un accord-cadre. Les gouvernements cantonaux ne jugent pas utile de renégocier ces modalités pour chaque dossier traité en bilatéral. Afin d'atteindre l'objectif d'une solution institutionnelle uniforme pour les accords futurs avec l'UE, les gouvernements cantonaux estiment nécessaire de suspendre tout nouveau mandat de négociation aussi longtemps qu'une solution concernant un accord-cadre n'a pas abouti. Du point de vue des gouvernements cantonaux, un accord-cadre ne devrait par ailleurs porter exclusivement que sur les futurs accords bilatéraux avec l'UE, les mécanismes des accords déjà en place ayant fait leurs preuves et ne nécessitant pas d'examen.

En outre, les gouvernements cantonaux estiment qu'il est indispensable d'effectuer des réformes internes visant à renforcer l'organisation étatique fédérale et démocratique non seulement en cas d'adhésion à l'UE mais également en cas d'extension des relations avec l'UE via de nouveaux accords bilatéraux. En conséquence, les gouvernements cantonaux ont décidé de ne soutenir toute nouvelle avancée dans les relations avec l'UE que si une série de réformes institutionnelles internes sont en même temps introduites et – si nécessaire – inscrites dans la loi. Il s'agirait là en premier lieu de renforcer le fédéralisme participatif, d'adapter les structures organisationnelles existantes et de créer une procédure de règlement des différends efficace pour les cas de litige entre la Confédération et les cantons.

Accord Suisse – Libye

Sur requête du canton de Genève, la CdC a examiné la convention signée le 20 août 2009 à Tripoli. Partant d'une première expertise juridique effectuée par l'Institut du fédéralisme à Fribourg, les gouvernements cantonaux ont soumis la convention à une appréciation politique lors de l'assemblée plénière du 19 mars 2010 puis en ont informé le Conseil fédéral. A l'assemblée plénière de la CdC du 25 juin 2010, les gouvernements cantonaux ont dû prendre acte du fait que la Confédération avait renouvelé son engagement de permettre l'examen des circonstances de l'arrestation de Hannibal Kadhafi par un tribunal arbitral. Les gouvernements cantonaux ont alors décidé de rendre publique leur appréciation de l'affaire.

Les gouvernements cantonaux ont constaté que la Confédération n'avait ni informé ni consulté le canton de Genève dans le cadre des différents accords passés avec la Libye. De l'avis des gouvernements cantonaux, le procédé adopté par le Conseil fédéral en rapport avec la signature de ces accords constitue clairement une violation des droits de participation du canton de Genève au sens de l'art. 55 Cst. Les gouvernements cantonaux ont en outre retenu que l'accord constitue une ingérence dans la souveraineté policière et judiciaire du canton de Genève de même que dans le principe de la séparation des pouvoirs exécutif et judiciaire. Pour les gouvernements cantonaux, il convient de clarifier la question de savoir si la compétence en politique étrangère relevant de la Constitution fédérale en vigueur n'est pas limitée et, le cas échéant, comment mieux définir et faire appliquer ces limites. Dans ce but, l'Assemblée plénière a demandé de nouveaux travaux d'approfondissement.

Politique intérieure

Financement des institutions de prévoyance des collectivités de droit public

En septembre 2008, le Conseil fédéral a soumis au parlement un projet concernant le financement des caisses de pension publiques. La pièce maîtresse du texte était une disposition selon laquelle toutes les institutions de prévoyance de collectivités publiques devaient être recapitalisées sur 40 ans. Une proposition inacceptable pour les cantons en tant qu'elle aurait eu pour conséquence des coûts de l'ordre de 100 milliards de francs sur la période considérée.

La CdC s'est donc impliquée dans les débats parlementaires pour trouver un compromis équilibré. Engagement qui a valu la peine puisque la recapitalisation intégrale telle que souhaitée par le Conseil fédéral a pu être évitée. A la session d'hiver, les deux Chambres ont adopté une réglementation qui impose aux caisses de pension publiques d'atteindre un degré de couverture de 80 pour cent au minimum d'ici à 40 ans.

Cette solution convenue entraîne toujours des coûts importants, mais elle est admissible du point de vue des cantons. Ceci a permis, dans un dossier complexe, de jeter des bases solides pour le financement des caisses de pension publiques, bases qui tiennent compte des particularités des institutions de droit public.

Compromis portant sur plusieurs dossiers politico-financiers en suspens dans les relations Confédération – cantons

A l'issue d'un processus de négociation intensif entre le Département fédéral des finances (DFF) et la CdC, le Conseil fédéral et les gouvernements cantonaux ont adopté fin octobre 2010 un accord, composé de quatre éléments, visant à régler des dossiers politico-financiers en suspens dans les relations Confédération-cantons.

- La contribution fédérale à la péréquation financière est durablement portée à 112 millions par année de sorte à compenser intégralement l'écart constaté par rapport à la neutralité budgétaire.
- Dans le Programme de consolidation (PCO), il est renoncé à cinq mesures qui grèvent fortement les cantons, pour un total de quelque 52 millions par année. En contrepartie, les cantons soutiennent les autres mesures du PCO.
- Dans le cadre de l'arrêté sur le réseau des routes nationales (NEB), le Département fédéral de l'environnement, des transport, de l'énergie et de la communication (DETEC) examine l'opportunité de réduire les contributions aux routes versées aux cantons de CHF 105 à seulement 30 millions et d'augmenter en conséquence d'autant les moyens disponibles pour l'extension du réseau des routes nationales.
- Le Conseil fédéral et les gouvernements cantonaux entendent examiner en temps voulu l'affectation dans l'intérêt des cantons des fonds fédéraux libérés à l'échéance de la compensation des cas de rigueur de la Réforme de la péréquation financière et de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons (RPT) en 2016.

Cette entente est une solution équilibrée et constructive pour les deux parties, propice à consolider la confiance et la collaboration partenariale entre la Confédération et les cantons.

Information officielle au sujet de l'initiative fiscale du PS

L'initiative populaire, déposée par le Parti socialiste suisse (PS) « Pour des impôts équitables. Stop aux abus de la concurrence fiscale » demandait l'instauration d'une imposition minimale au niveau suisse des personnes physiques à revenus et fortunes élevés ainsi que l'interdiction des tarifs dégressifs. Le peuple et les cantons ont refusé cette initiative à une nette majorité le 28 novembre 2010.

La CdC s'est engagée résolument contre ce texte, dans le cadre de l'information officielle commune Confédération – cantons et en étroite collaboration avec la Conférence des directeurs et directrices cantonaux des finances (CDF). En refusant l'initiative fiscale du PS, le peuple et les cantons ont plébiscité l'autonomie fiscale des cantons et des communes et, partant, le fédéralisme suisse, jugé réussi. Cette décision atteste qu'une nette majorité des citoyennes et citoyens approuve la concurrence fiscale entre les cantons et considère parallèlement les limites actuelles comme suffisantes. Le résultat très clair de la votation entérine aussi la RPT, approuvée par le peuple et les cantons en 2004.

Projet de disposition constitutionnelle sur le service universel

En août 2010, le Département fédéral de justice et police (DFJP) a lancé une procédure de consultation relative à un projet de disposition constitutionnelle sur le service universel. Ce projet a été élaboré par le Conseil fédéral sur mandat du Parlement qui, en acceptant une motion, avait chargé le gouvernement de proposer une disposition constitutionnelle de caractère général sur le service universel.

Dans la mesure où le projet d'article constitutionnel s'adressait à la Confédération et aux cantons et où le catalogue détaillé des prestations de base englobe des domaines qui relèvent principalement de la compétence des cantons, l'Assemblée plénière a décidé le 1^{er} octobre 2010 d'élaborer une prise de position consolidée. Sur la question principale de la nécessité d'un article constitu-

tionnel, il a été proposé aux gouvernements cantonaux de renoncer à une disposition aussi détaillée que celle proposée, mais de ne pas s'opposer à l'introduction d'une disposition de caractère général sur le service universel. Cette solution de compromis a subi les critiques de deux côtés : certains cantons étaient par principe contre toute disposition constitutionnelle sur le service universel ; d'autres cantons soutenaient la version du Conseil fédéral. A l'assemblée plénière du 17 décembre 2011, il a donc été impossible de faire aboutir une prise de position consolidée faute de recueillir la majorité qualifiée de 18 voix.

Avenir de la politique suisse d'intégration des étrangers

Au vu des recommandations de la Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA) du 29 juin 2009, le Conseil fédéral a présenté, le 5 mars 2010, sa conception de l'avenir de la politique fédérale en matière d'intégration des étrangers. Pour renforcer la promotion de l'intégration spécifique, il entend augmenter les contributions fédérales annuelles de quelque CHF 20 millions par an à partir de 2014 tout en assortissant cette mesure d'une obligation de cofinancement de la part des cantons.

L'assemblée plénière du 17 décembre 2010 a pris acte des propositions du Conseil fédéral et adopté à l'unanimité une position correspondante. De l'avis des cantons, les propositions du Conseil fédéral vont dans la bonne direction : la promotion de l'intégration est une tâche transversale et doit se faire partout là où des étrangers et des Suissesses et Suisses cohabitent. La promotion est en premier lieu la mission des structures ordinaires telles que l'école, les homes de personnes âgées, les associations sportives. Ce principe doit être ancré de manière contraignante par l'adoption de dispositions ad hoc dans les bases légales de ces structures ordinaires. En complément aux mesures des structures ordinaires, la promotion de l'intégration spécifique doit être renforcée de manière ciblée.

Les cantons entendent également continuer à fournir une contribution essentielle à la politique d'intégration des étrangers. En font partie des éléments d'exigence et d'encouragement. En posant ses principes fondamentaux de politique d'intégration, la CTA a explicité le sens de la formule « Exiger et encourager ». C'est là tout d'abord une politique d'intégration des étrangers qui repose sur la responsabilité individuelle et qui contribue à réaliser l'égalité des chances. Il s'agit de valoriser les potentiels de manière conséquente et de reconnaître la diversité de la société de sorte à en tenir compte de manière adéquate.

L'Assemblée plénière de la CdC salue l'intention du Conseil fédéral de conférer un plus large spectre thématique à la promotion de l'intégration. Les nouveaux domaines de promotion « Première information des nouveaux arrivants », « Lutte contre la discrimination » et « Intégration de la petite enfance » viennent compléter de manière essentielle cette politique fédérale. Plusieurs cantons sont déjà actifs à ce titre et peuvent partager des expériences importantes. Du point de vue des cantons, la prochaine étape consiste à clarifier conjointement avec la Confédération le financement de la promotion de l'intégration à l'avenir.

2.1.2 Bureau

Durant l'année sous revue, le Bureau a siégé les 12 février, 21 mai, 27 août et 5 novembre. Outre la préparation des affaires de l'Assemblée plénière, il s'est également occupé des dossiers ci-après :



Politique intérieure

Mise en œuvre du droit fédéral par les cantons

En marge du débat entre le Conseil fédéral et les gouvernements cantonaux à propos de la date de mise en vigueur du nouveau régime de financement des soins, l'Assemblée plénière avait chargé le Bureau d'établir une vue d'ensemble des délais requis au niveau cantonal pour la mise en œuvre d'actes législatifs fédéraux.

Une enquête auprès de tous les cantons a permis ensuite de clarifier quelles sont les procédures législatives et les compétences y relatives au niveau cantonal pour la mise en œuvre des actes législatifs fédéraux et dans quelle mesure il existe la possibilité d'accélérer ces procédures.

Partant des résultats de cette enquête, le Bureau a chargé le secrétariat de concrétiser les améliorations proposées dans le cadre d'un atelier réunissant des experts cantonaux. Cet atelier avait pour objet de discuter des approches de solution permettant d'améliorer la problématique de la mise en œuvre du droit fédéral par les cantons : association des cantons à la planification et à l'élaboration des projets, meilleure prise en compte des questions de mise en œuvre dans le cadre des consultations, meilleur feed-back aux cantons durant la phase parlementaire et fixation de délais réglementaires pour la mise en œuvre des actes fédéraux.

Le Bureau du 5 novembre 2010 a ensuite chargé le secrétariat de la CdC de commander une étude externe montrant des approches concrètes permettant de régler de manière plus contraignante

les revendications des cantons relatives à la mise en œuvre du droit fédéral dans la collaboration avec la Confédération.

Dialogue avec les musulmans institué par la Confédération

En réponse à une demande expresse de l'Office fédéral des migrations (ODM), le Bureau a décidé que les cantons devaient renoncer à déléguer des experts au Dialogue avec les musulmans institué par la Confédération. Au moment de la demande de l'ODM, plusieurs rencontres avaient déjà eu lieu sans la participation des cantons, ce qui signifie que les experts cantonaux auraient dû intervenir dans un processus déjà en cours.

Selon l'art. 72 al. 1 Cst., la réglementation des rapports entre l'Eglise et l'Etat est du ressort des cantons. Aux niveaux cantonal et communal, ce type de dialogue est déjà une longue tradition, aussi avec des résultats concrets. La question de savoir si la Confédération et les cantons devraient à l'avenir mener conjointement un dialogue avec les organisations musulmanes au niveau suisse est de nature politique et ne peut pas être réglée par l'association d'experts cantonaux.

Projet pour renforcer les parlements cantonaux des jeunes : demande de la Fédération suisse des parlements des jeunes

La Fédération Suisse des Parlements des Jeunes (FSPJ) a soumis au secrétariat de la CdC un projet visant à « Renforcer les parlements cantonaux des jeunes ». L'objectif est d'augmenter le nombre des parlements des jeunes au niveau cantonal ainsi que d'encourager et de coordonner la collaboration entre ces parlements. Le Bureau a traité la demande de la FSPJ et décidé d'en informer les gouvernements cantonaux. Simultanément, il a invité la FSPJ à adresser des demandes concrètes et ciblées à tous les gouvernements des cantons.

2.1.3 Prises de position

Les prises de position au nom de la CdC requièrent une majorité qualifiée des voix de 18 gouvernements cantonaux au moins. Le droit des cantons à prendre position individuellement reste garanti.

Prises de position dans le cadre de consultations en préparation à des actes importants (art 147 Cst.)

Prise de position sur le 1^{er} rapport sur l'évaluation de l'efficacité RPT

Une prise de position commune des cantons sur le rapport d'évaluation de la péréquation financière entre la Confédération et les cantons pour la période 2008 – 2011 a pu être adoptée à l'assemblée plénière du 25 juin 2010. L'élément principal de cette position était le soutien résolu des cantons à la Réforme de la péréquation financière et de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons (RPT). Les cantons étaient également unanimes à exiger la correction et la compensation de l'écart de CHF 100 millions constaté à charge des cantons dans le cadre de l'examen du respect du principe de la neutralité budgétaire.

Vu que la nouvelle dotation des instruments de péréquation soulève la question de la redistribution entre les cantons, la prise de position relève les conflits d'intérêt à ce propos entre les cantons à fort potentiel de ressources et ceux à faible potentiel de ressources mais aussi entre les cantons urbains et les cantons ruraux, et évoque également les avis minoritaires soutenus par au moins cinq cantons.

Prise de position sur le Programme de consolidation

Sur la base de deux tours de consultation internes auprès des gouvernements cantonaux, l'Assemblée plénière a adopté le 25 juin 2010 une prise de position sur le Programme de consolidation (PCO). Il était incontesté dans ce cadre que le budget de la Confédération devait respecter les directives du frein à l'endettement. Les déficits structurels de la Confédération sont inadmissibles et insupportables à long terme. L'équilibre du budget fédéral est aussi très important pour les cantons, raison pour laquelle les efforts visant à réduire les déficits structurels ont été salués quant au principe.

A l'égard du PCO présenté, la CdC a néanmoins émis nombre de critiques quant au procédé et au contenu. On a exigé notamment que le Conseil fédéral revoie la nécessité du PCO compte tenu de la reprise économique plus vigoureuse qu'attendue. En outre, les gouvernements cantonaux ont jugé incorrect de bouleverser à nouveau la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons deux ans seulement après l'introduction de la RPT. C'est pourquoi ils ont demandé de renoncer aux réductions prévues dans les tâches communes et de réaliser les économies requises prioritairement dans les domaines propres à la Confédération.

Prise de position dans le cadre de la participation au processus décisionnel de la Confédération (art. 45 Cst.)

Aucune position prise durant l'année sous revue.

Prises de position dans le cadre de la participation aux décisions de politique étrangère (art. 55 Cst.)

A l'assemblée plénière du 25 juin 2010, les gouvernements cantonaux ont adopté une prise de position relative à l'adaptation du mandat de négociation concernant les négociations dans le domaine de l'électricité entre la Suisse et l'UE. Ils ont approuvé l'adaptation prévue du mandat, mais ont retenu que les pourparlers dans ce dossier doivent avoir la priorité absolue. Toute extension éventuelle des négociations nécessiterait de consulter et d'associer à nouveau les cantons.

L'Assemblée plénière du 1^{er} octobre 2010 a approuvé une prise de position de la CdC sur la suite de la procédure dans le domaine de la coopération Prüm avec l'UE et la conclusion d'un accord de coopération avec les Etats-Unis d'Amérique.

Via une procédure par voie de circulation, l'Assemblée plénière du 26 octobre 2010 a soutenu l'extension proposée par le Conseil fédéral à la Biélorussie et au Kazakhstan du mandat de négociation pour un accord de libre-échange AELE – Russie.

A l'assemblée plénière du 17 décembre 2010, les gouvernements cantonaux ont finalement plaidé pour une mise à jour de l'Annexe II (sécurité sociale) de l'Accord sur la libre circulation des personnes avec l'UE. Ils ont par contre décidé de ne pas soutenir le mandat de négociation du Conseil fédéral relatif à la coopération avec l'UE dans le domaine des produits chimiques (REACH). En revanche, les gouvernements cantonaux n'ont rien opposé aux mandats de négociation du Conseil fédéral pour une coopération avec l'UE dans le domaine de la concurrence et relatif à un accord de libre-échange avec la Chine.

Prise de position sur le rapport CTA « Accorder politique des agglomérations et politique de l'espace rural »

L'Assemblée plénière a adopté le 19 mars 2010 une prise de position sur le rapport de la Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA) « Accorder politique des agglomérations et politique de l'espace rural ». La CTA avait décidé d'organiser, sur la base de ce rapport, une consultation auprès des membres de la conférence et d'autres cercles intéressés afin d'en tirer des conclusions pour la suite des travaux sur la thématique ville-campagne.

Dans sa prise de position, les gouvernements cantonaux saluent le rapport de la CTA ainsi que les efforts déployés en vue d'accorder politique des agglomérations et politique de l'espace rural. Ils retiennent également que, contrairement à la politique des agglomérations, il n'existe pas de politique explicite consacrée à l'espace rural. La CdC considère l'absence d'une politique de l'espace rural comme un obstacle à l'abandon de l'esprit de concurrence entre ville et campagne au profit d'une coopération axée sur les solutions.

Les zones rurales doivent être davantage associées à la collaboration tripartite en raison des enchevêtrements qui lient ville et campagne. L'association des espaces ruraux doit se faire sous la forme d'une collaboration partenariale à égalité avec les villes et agglomérations. Comme vision à long terme, on peut envisager une seule politique des régions, qui englobe aussi bien la campagne que les villes.

2.1.4 Collaboration Confédération – cantons

Dialogue confédéral Confédération – cantons

Deux fois par année, des délégations du Conseil fédéral et de la CdC se retrouvent à l'occasion du « Dialogue confédéral Confédération – cantons ». Cette rencontre a pour but de détecter rapidement des problématiques de coopération dans les relations entre Confédération et cantons, d'assurer l'échange d'informations et d'opinions sur des thèmes importants concernant le fédéralisme et d'améliorer la concordance politique.

En 2010, le Dialogue confédéral a réuni le Bureau et une délégation du Conseil fédéral les 19 mars et 1^{er} octobre. Les sujets abordés dans ce cadre étaient notamment : politique européenne, à savoir état des lieux en politique européenne et réformes institutionnelles intérieures ; exigences de l'UE relatives à la fiscalité cantonale des entreprises ; accord Suisse – Libye ; rapport sur l'évaluation de l'efficacité RPT ; Conférence nationale sur le fédéralisme 2011 ; rapport de monitoring Fédéralisme 2009 ; droit de vote pour les Suisses de l'étranger aux élections du Conseil des Etats.

Stammtisch des cantons

Chaque lundi soir de la deuxième semaine de session des Chambres fédérales, la CdC convie un « Stammtisch des cantons ». Avec pour objectif d'entretenir les relations avec les parlementaires fédéraux et d'intensifier les échanges de vues, des membres du Bureau de la CdC et d'autres conseillers d'Etat se réunissent dans ce cadre informel avec des députés au Conseil des Etats ainsi que des conseillères et conseillers nationaux anciennement membres de gouvernements cantonaux. Les séances du Stammtisch sont toujours consacrées à des thèmes d'actualité politique.

En 2010, quatre Stammtisch ont été organisés coïncidant avec les sessions parlementaires et portant sur les thèmes suivants : transport d'agglomération et élimination des goulots d'étranglement dans le réseau des routes nationales (session de printemps) ; rapport sur l'évaluation de l'efficacité RPT et développements dans le domaine de l'imposition de la propriété du logement (session

d'été) ; révision partielle de la loi sur l'aménagement du territoire (LAT) (session d'automne) ; compromis entre la Confédération et les cantons sur le programme de consolidation et la neutralité budgétaire RPT (session d'hiver).

Rencontre avec le Bureau du Conseil des Etats

Deux fois par année a lieu une rencontre entre le Bureau du Conseil des Etats et le Bureau de la CdC qui permet une discussion commune sur des thèmes d'actualité politiques ou des questions permettant d'optimiser la collaboration entre Conseil des Etats et CdC.

Durant l'année sous revue, deux rencontres ont été organisées avec le Bureau du Conseil des Etats. Outre des questions générales de collaboration, les thèmes suivants ont été abordés : auditions des cantons devant les commissions des Chambres fédérales ; calendrier du débat parlementaire sur le rapport sur l'évaluation de l'efficacité RPT et sur le programme de consolidation ; rôle de la Commission des institutions politiques du Conseil des Etats (CIP-E) en lien avec le contre-projet à l'initiative sur les renvois ; état des lieux en politique européenne et réformes internes ; Conférence nationale sur le fédéralisme 2011 ; rapport de monitoring Fédéralisme 2009.

Auditions parlementaires

Il est laissé à l'appréciation de chaque présidence des commissions d'inviter ou non les cantons ou une délégation des cantons à des auditions, notamment lorsque les intérêts des cantons sont concernés.

Dans l'idée que ces intérêts soient mieux pris en compte au Conseil des Etats, des délégations de la Chambre haute et de la CdC ont décidé lors d'une rencontre, le 7 octobre 1998, d'associer davantage les représentants des cantons (via les conférences des directeurs ou la CdC) au travail des commissions du Conseil des Etats. En application de cette décision, le secrétariat du Conseil des Etats transmet toujours à la CdC, peu avant le début des sessions, une liste des objets qui seront examinés en commission. Durant l'année sous revue, des délégations de la CdC ont pris part aux auditions suivantes :

Date	Commission	Points à l'ordre du jour
25.03.2010	CSSS-N ¹	Financement des institutions de prévoyance des collectivités de droit public
02.09.2010	CPE-E ²	Adaptation du mandat de négociation pour le domaine de l'électricité avec l'UE
20.10.2010	CPE-E	Rapport Markwalder
25.10.2010	CPE-N ²	Rapport Markwalder

2.1.5 Coordination avec les conférences des directeurs et les conférences gouvernementales régionales

Conférence des secrétaires des conférences intercantionales

La coordination avec les conférences des directeurs se fait dans le cadre de la Conférence des secrétaires des conférences intercantionales (CoseCo), dont le secrétariat est géré par la CdC. La CoseCo a tenu ses assemblées générales semestrielles les 11 mars et 2 novembre 2010, lesquelles servent principalement à l'échange d'informations entre les membres. L'assemblée de printemps a porté pour l'essentiel sur le relevé des données ainsi que le contenu et la procédure de

¹ Commission de la sécurité sociale et de la santé du Conseil national (CSSS-N)

² Commission de politique extérieure du Conseil des Etats (CPE-E) et du Conseil national (CPE-N)

reporting du projet Coûts des conférences intercantionales politiques (CoCIP ; cf. 2.2.1). L'assemblée d'automne a été consacrée principalement au procédé adéquat à suivre dans les consultations et auditions sur des objets qui concernent plusieurs conférences.

Cellule de coordination technique de la CoseCo

La cellule de coordination technique, gérée par la CdC, réunit les secrétaires générales et secrétaires généraux de toutes les conférences sises à la Maison des cantons. Elle siège quatre fois par année, au rythme des sessions du Parlement fédéral, et examine les nouveaux projets mis en consultation et projets législatifs de la Confédération ainsi que les projets transsectoriels. L'objectif de cette coordination technique régulière est de fédérer la représentation des intérêts des cantons afin de présenter autant que possible un front uni face à la Confédération. Partant des objets annoncés par les conférences, l'intérêt effectif de ces dernières est confirmé, la situation discutée et la responsabilité de chaque objet attribuée à une conférence.

Cellule de formation continue de la CoseCo

Le 4^e séminaire de formation continue CoseCo du 3 décembre 2010 avait au programme une première partie consacrée à la dichotomie entre lois-cadres fédérales et concordats intercantonaux, et une deuxième partie portant sur la communication politique. Des ateliers ont ensuite permis aux quelque 36 participants de discuter plus en détail de thématiques liées à la subsidiarité, la démocratie et la complexité de la collaboration intercantonale.

Comité directeur Maison des cantons

En tant que locataire de locaux dans la Maison des cantons, la CdC est membre du Comité directeur de la Maison des cantons où elle est représentée par la secrétaire générale. Le Comité directeur de la Maison des cantons règle toutes les questions qui se posent en lien avec l'utilisation du bâtiment sis à la Speichergasse 6 à Berne. Il siège à trois reprises au cours de l'année.

Conférences gouvernementales régionales

Les secrétaires des conférences gouvernementales régionales ont rencontré le secrétariat de la CdC les 28 mai et 17 novembre 2010 aux fins d'un échange de vues et d'informations réciproques. Depuis cette année, le secrétaire de la conférence gouvernementale de l'Espace métropolitain de Zurich participe également à ces rencontres semestrielles.

2.2 Autres activités

2.2.1 Généralités

Programme de législature de la Confédération

Par l'intermédiaire de la CdC, les gouvernements cantonaux ont participé à l'élaboration des trois derniers programmes de législature de la Confédération. Considérant le calendrier prévu par la Confédération, le Bureau a défini le 5 novembre 2011 deux phases pour l'association des cantons au programme de législature 2011 – 2015. A la mi-mai 2011 est prévue une intervention sur les principes du programme de législature ; à fin septembre 2011, les gouvernements cantonaux feront valoir leurs attentes quant aux mesures (législatives) prioritaires.

Forum des fédérations : programme de stages

Durant l'année sous revue, un programme de stage ou « internships » a été lancé en collaboration avec le Forum des fédérations (FoF) et l'Institut du fédéralisme de l'Université de Fribourg (IFF), avec l'objectif de permettre à de futurs cadres des secteurs de la politique, de l'administration et de la science, issus de pays en développement et en transformation, d'accomplir, après sélection, un stage de six semaines dans une administration cantonale pour y voir à l'œuvre un Etat fédéral. Les stages, financés par le FoF, doivent avoir lieu directement à l'issue de l'université d'été que l'IFF organise chaque année en août / septembre. En 2010, six cantons (ZH, BE, FR, BS, GR et VD) ont pu offrir des places de stage, quand bien même un stagiaire a interrompu son stage après trois semaines déjà. Les responsables cantonaux comme les stagiaires ont donné un feedback très positif des expériences réalisées dans le cadre de ces stages.

Procédures régissant les majorités et modalités de vote dans les conférences intercantionales

Sur demande de la Conférence des gouvernements cantonaux de la Suisse occidentale, on a fait une synthèse des régimes en vigueur dans les conférences des directeurs permettant de déterminer les majorités. L'analyse a montré une grande diversité des procédures. Cette étude a donné lieu à une fiche d'information pour chaque conférence.

Vue d'ensemble des dépenses et de leur évolution dans le secteur des conférences intercantionales gouvernementales et sectorielles

Le 2 juillet 2010, la CDF a livré le rapport final relatif aux coûts des conférences intercantionales gouvernementales et sectorielles (projet CoCIP), établi sur mandat de la CdC. Le résultat principal a été l'élaboration du rapport financier 2009 sur les conférences intercantionales gouvernementales et sectorielles. La Fondation ch pour la collaboration confédérale a été chargée de continuer d'établir ce reporting financier à un rythme annuel.

Dépliant CdC

A l'instigation du président de la CdC, le secrétariat a mis au point un dépliant qui résume les informations les plus importantes sur la CdC (but, organisation, fonctionnement, thèmes principaux). Ce dépliant est disponible dans les quatre langues nationales et en anglais.

Projet d'archivage

Quelque 265 mètres linéaires d'archives se trouvent dans différents locaux de la Fondation ch et de la CdC. Ces documents ont fait l'objet d'une évaluation par la société Docuteam. Ceux dignes d'être archivés selon les critères établis seront classés début mars 2011 dans les archives de l'Etat de St-Gall. Le plan de classement général, établi dans le cadre du projet d'archivage, a pu être introduit définitivement. Ce plan correspond à des directives uniformes comme aussi aux règles relatives à l'administration des documents. Le nouveau système de répertoires est accessible depuis le 1^{er} août 2010 à tous les collaborateurs de la Fondation ch et de la CdC.

Plateforme de coopération électronique et processus de travail

Comme support aux processus de travail entre les gouvernements cantonaux et la CdC, une plateforme de coopération électronique a été introduite en 2003 (Closed User Group ou CUG). A la demande du secrétariat, le Bureau de la CdC a décidé le 5 novembre 2010 d'améliorer l'affichage et l'organisation des données dans le CUG, rubrique CdC – cantons, dès début 2011 en créant différentes catégories d'objets.

2.2.2 Politique extérieure

Outre les nombreuses activités en lien avec la représentation des intérêts des cantons dans les questions de politique étrangère et celles déjà mentionnées ailleurs dans le présent rapport, on peut encore mentionner dans ce cadre les éléments ci-après :

Politique européenne

Le 26 mai 2010, les membres de la Commission du Marché intérieur et de la Protection du consommateur (IMCO) du Parlement européen ont eu l'occasion, dans le cadre d'une visite dans la capitale fédérale, de se familiariser avec la structure fédérale de la Suisse et le rôle des cantons dans la politique étrangère de la Confédération. A l'occasion d'une visite des membres du groupe AELE du Conseil des ministres de l'UE en Suisse du 22 au 25 juin 2010, le président de la CdC a évoqué le 22 juin 2010 à Lausanne avec les représentantes et représentants des Etats membres de l'UE des questions de politique européenne et de politique financière ainsi que des aspects de la coopération transfrontalière.

Après adoption de l'état des lieux en politique européenne le 25 juin 2010, la position des gouvernements cantonaux a été présentée à une délégation du Conseil fédéral. En outre, un dialogue permanent avec les autorités fédérales a été institué aux fins de préparer les entretiens avec l'UE. Le Bureau a délégué un représentant du secrétariat de la CdC dans le groupe de suivi créé par le Conseil fédéral pour les entretiens avec l'UE sur les questions institutionnelles.

Après 14 années de participation indirecte, la participation officielle à part entière de la Suisse aux programmes de l'UE en matière de jeunesse et de formation a été entérinée par la signature de l'accord y relatif le 16 février 2010. A l'instar des années passées, les différents groupes de travail de l'organisation d'accompagnement de la CdC ont été représentés par des délégués aux séances des comités mixtes dans les domaines libre circulation des personnes, transports terrestres et transport aérien. Par ailleurs, l'organisation d'accompagnement de la CdC a continué d'observer de manière générale et d'analyser le développement des accords sectoriels entre la Suisse et l'UE et a organisé via ses groupes de travail une série de consultations informelles concernant la reprise et la mise en œuvre des nouveaux développements juridiques.

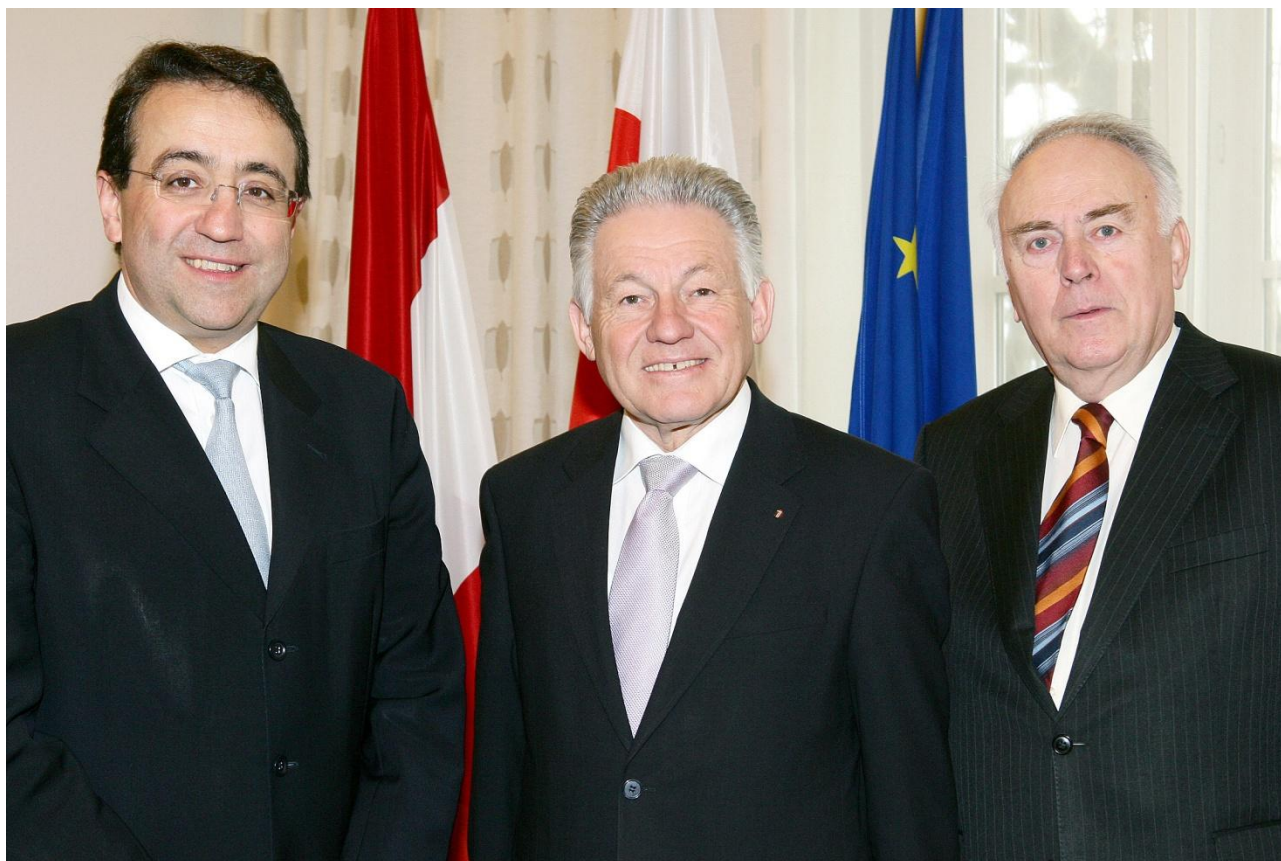
Les développements dans le domaine Schengen / Dublin ont également toujours fait l'objet d'un suivi comme aussi - en collaboration avec la Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police (CCDJP) – les préparatifs de la mise en œuvre de ces développements dans les cantons. Des représentants de l'organisation d'accompagnement Schengen / Dublin de la CdC (OASD) ont participé durant l'exercice à nombre de séances des groupes de travail compétents de l'UE à Bruxelles portant sur l'élaboration des développements de l'acquis Schengen / Dublin.

Conjointement avec la Conférence des directeurs cantonaux de l'énergie (CDEn), le secrétariat de la CdC a continué de suivre les négociations, entamées en novembre 2007, avec l'UE sur un accord dans le domaine de l'électricité.

Par ailleurs, en collaboration avec le secrétariat central de la Conférence suisse des directrices et directeurs cantonaux de la santé (CDS), le secrétariat de la CdC a suivi les négociations en cours sur un accord de libre-échange avec l'UE dans les secteurs de l'agriculture et de la santé.

Imposition des entreprises dans les cantons

Le groupe de travail Questions financières et fiscales de la CdC a suivi tout au long de l'année sous revue l'évolution du contentieux survenu avec l'UE à propos de certains régimes fiscaux cantonaux. Il a contribué, conjointement avec les offices compétents de la Confédération, à définir la position suisse sur cette question et a préparé les décisions politiques y relatives des organes compétents de la CDF et de la CdC.



Sommet des présidents des Conférences des gouvernements régionaux d'Autriche, d'Allemagne et de Suisse: Josef Pühringer, Gouverneur du Land de Haute-Autriche, Pascal Broulis, Président du gouvernement du Canton de Vaud (à gauche) et Wolfgang Böhmer, Ministre président du Land de Saxe-Anhalt (à droite)

Europe - Réforme des cantons

Durant l'exercice sous revue, le groupe de travail Europe – Réforme des cantons (EuRéfCa) a engagé les travaux visant à concrétiser les réformes institutionnelles intérieures requises après l'adoption de l'état des lieux en politique européenne le 25 juin 2010.

Accords de libre-échange avec des Etats hors UE

Le groupe de travail Services de la CdC s'est employé durant l'exercice à suivre de près les efforts intenses déployés par la Confédération pour conclure des accords de libre-échange – bilatéraux ou dans le cadre de l'AELE – avec des Etats tiers non-membres de l'UE. A l'issue d'une rencontre entre le Secrétariat d'Etat à l'économie (SECO) et le président du groupe de travail Services de la CdC, on a pu convenir à fin août 2010 d'une collaboration étroite sur divers points encore ouverts dans les négociations de libre-échange en cours.

OMC / AGCS

Afin de répondre aux obligations de la Suisse dans le cadre de l'AGCS, le SECO a invité en août 2010 les cantons à lui communiquer les modifications et nouveautés relevant de l'AGCS introduites dans la législation cantonale durant la période du 1^{er} août 2008 au 31 juillet 2010. Partant des réponses des cantons, la CdC a notifié au SECO un total de 45 modifications ou nouveautés du droit cantonal adoptées durant la période concernée en vertu de l'AGCS. Durant l'exercice, le secrétariat de la CdC a en outre continué d'observer les développements dans le cadre des négociations de l'OMC en cours.

Lutte contre la corruption

Durant l'année sous revue, le secrétariat de la CdC a pris part à plusieurs séances du groupe interdépartemental pour la lutte contre la corruption (GTID), institué par le Conseil fédéral le 19 décembre 2008 et aux travaux duquel les cantons ont toujours été étroitement associés. Dans ce cadre, on relèvera notamment la mise au point d'un questionnaire consolidé relatif à la mise en œuvre de plusieurs conventions internationales dans le domaine de la corruption et sa transmission aux cantons.

2.2.3 Politique intérieure

Travaux de suivi de la réforme de la péréquation financière et de la répartition des tâches entre Confédération et cantons

Le controlling RPT, autrement dit la vérification du respect des principes de la RPT en politique fédérale, fait part des tâches permanentes de la CdC. Sur la base de listes établies par la cellule de coordination technique de la CoseCo (cf. 2.1.5), les projets mis en consultation ou les projets législatifs de la Confédération font l'objet d'une analyse systématique. L'examen porte sur le respect des principes régissant la répartition des tâches (subsidiarité et équivalence fiscale) et sur le recours aux conventions-programmes pour l'exécution du droit fédéral par les cantons. Les listes des objets intéressants dans ce cadre sont présentées pour information au Bureau de la CdC chaque trimestre.

Eu égard au nouvel instrument de la convention-programme, un séminaire organisé par l'Administration fédérale des finances a permis un premier échange d'expériences entre la Confédération et les cantons.

Le cadre institutionnel pour la collaboration intercantonale avec compensation des charges a pu être complété. La Commission intercantonale pour les conventions s'est constituée le 5 février 2010 et son règlement a été approuvé par l'Assemblée plénière de la CdC du 25 juin 2010.

Programme suisse de prévention « Les jeunes et la violence » 2011 – 2015

Le 11 juin 2010, le Conseil fédéral a adopté le Programme national de prévention « Les jeunes et la violence 2011 – 2015 ». Ce programme, qui touche principalement les domaines de la famille, de l'école et de l'espace social, a été élaboré conjointement par la Confédération, les cantons et les communes. Le regroupement des expériences existantes, un échange intensif et un processus d'apprentissage commun des acteurs responsables devraient donner des impulsions essentielles pour améliorer la pratique de prévention et la lutte contre la violence chez les jeunes. Le Conseil fédéral a chargé l'Office fédéral des assurances sociales (OFAS) d'assurer la responsabilité du pilotage et de la mise en œuvre opérationnelle du programme de prévention, en association avec les offices fédéraux concernés, les cantons, les villes et les communes. Pour remplir ce mandat, l'OFAS a mis en place un groupe de pilotage qui se compose de représentantes et représentants de la Confédération, des cantons ainsi que des associations communales. Sur la base des propositions des conférences des directeurs concernées par la thématique (CDIP, CCDJP et CDAS), le Bureau de la CdC a constitué la délégation cantonale au sein du groupe de pilotage.

Applicabilité de la loi fédérale sur la protection des données au relevé de données par des instances publiques cantonales et communales

Au début du mois de septembre 2010, l'association des Commissaires suisses à la protection des données (privatim) a signalé à la CdC l'existence de dispositions potentiellement inconstitutionnelles dans plusieurs lois fédérales relativement à l'applicabilité de la loi fédérale sur la protection des données au traitement de données par des instances publiques cantonales et communales. L'As-

semblée plénière du 17 décembre 2010 a donc décidé de recommander aux gouvernements cantonaux et aux conférences des directeurs de veiller à l'avenir, dans le cadre des procédures de consultation, plus particulièrement à la conformité constitutionnelle des dispositions relevant de la protection des données.

Stratégie suisse de cyberadministration

La convention-cadre concernant la collaboration en matière de cyberadministration en Suisse règle la collaboration entre la Confédération et les cantons pour la mise en œuvre de la stratégie suisse de cyberadministration de 2007 à 2011. Un comité de pilotage commun a été institué pour assurer le suivi des travaux. Les organes de la CdC sont informés régulièrement de ces travaux par le biais des représentants des cantons dans le comité.

Projet de territoire Suisse

Le DETEC, la CdC et la Conférence suisse des directeurs des travaux publics, de l'aménagement du territoire et de l'environnement (DTAP) ainsi que les associations communales travaillent ensemble depuis 2006 à l'élaboration d'un schéma national de développement du territoire. Après deux séances en avril et en juin 2010 au niveau technique, le groupe d'accompagnement politique a pu finaliser et adopter le 30 août 2010 un Projet de territoire Suisse en vue d'une large consultation auprès de la Confédération, des cantons, des villes et des communes et d'un large cercle d'intéressés. Cette consultation sera lancée début 2011.

Contre-projet à l'initiative sur le renvoi

En vue des discussions sur le contre-projet indirect à l'initiative sur le renvoi et sur l'article sur l'intégration qui s'y trouvait, le président de la CdC a signalé au Conseil des Etats que les cantons s'opposaient résolument à toute nouvelle compétence fédérale dans le domaine de l'intégration des étrangers. Les cantons rejettent le fait que la Confédération, sous le titre « intégration », veuille introduire une nouvelle disposition constitutionnelle qui lui aurait permis d'édicter des prescriptions à l'attention des cantons dans ce domaine. C'est finalement sur le terrain, localement, que se joue la réussite de l'intégration, p. ex. dans les structures d'accueil extrafamilial des enfants, les écoles, les établissements de formation professionnelle, au travail, via les mesures de l'aide sociale, dans les quartiers et au sein des associations. Tous ces domaines relèvent pour la plupart de la compétence des cantons, des communes ou d'acteurs non étatiques.

Election du Conseil des Etats et Suissesses et Suisses de l'étranger

Le Bureau a discuté le 27 août 2010 d'une requête du Conseil fédéral invitant les cantons à examiner – si ce n'est déjà le cas – la possibilité de permettre aux Suissesses et Suisses établis à l'étranger de participer à l'élection du Conseil des Etats. Le Bureau a décidé de transmettre la requête aux gouvernements cantonaux, mais a renoncé à émettre une recommandation d'action.

Convention relative aux droits de l'enfant

En ratifiant la Convention relative aux droits de l'enfant (CDE), la Suisse s'est engagée à présenter un compte-rendu périodique. Début mars 2010, la section Droits de l'homme et droit humanitaire de la Direction du droit international public, au Département fédéral des affaires étrangères (DFAE), a soumis aux cantons dans le cadre d'une enquête de nature technique le 2^e et le 3^e rapport de la Suisse sur la Convention relative aux droits de l'enfant. Le délai de réponse très court a soulevé des réactions critiques de la part des cantons. Le secrétariat de la CdC a donc été chargé de coordonner la procédure du côté des cantons dans le but de contenir la charge de travail y relative dans un cadre supportable pour tous les acteurs impliqués. Sur la base d'un sondage auprès

des cantons, il a ensuite mis au point une réponse cantonale au projet de 2^e et 3^e rapports présentés par le DFAE.

Conférence tripartite sur les agglomérations

La Commission Villes prépare la position de la délégation cantonale sur les objets à l'ordre du jour des séances de la Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA). En cette qualité, elle a pris position dans le cadre d'une consultation préalable sur le rapport de l'Office fédéral du développement territorial (ARE) et du SECO relatif à l'évolution de la politique des agglomérations de la Confédération.



2.2.4 Mandats

Secrétariat de la Conférence tripartite sur les agglomérations

Le secrétariat de la CTA a assuré les travaux préliminaires et de suivi liés aux séances de la CTA des 25 juin et 19 novembre 2010 ainsi que des séances du Groupe de travail technique tripartite (GTT). Outre les deux séances ordinaires du 5 mai et du 16 septembre, le GTT s'est réuni en 2010 en séance extraordinaire le 24 février pour discuter du rapport concernant la reconduction de la CTA et a tenu trois séances supplémentaires en composition élargie à des experts en finances pour accompagner le projet « Financement et compensation des charges dans les agglomérations ».

En vue de la séance de la CTA du 25 juin 2010, le secrétariat a apprécié le résultat de la consultation sur le rapport « Accorder politique des agglomérations et politique de l'espace rural ». Autre point fort : l'élaboration du rapport « Bases pour la décision de principe quant à la reconduction de la CTA » en collaboration avec le GTT. Partant d'une appréciation générale de la CTA, plusieurs variantes pour la future orientation et organisation de la conférence sont proposées. Ce rapport, complété de mandats et recommandations concrètes, a été adopté par la CTA à sa séance du 25 juin 2010 à l'attention de ses membres. Les membres de la CTA sont invités à prendre position en vue de la séance du 1^{er} juillet 2011.

En outre, le secrétariat a mis au point le rapport « Renforcement de la compétitivité internationale de la Suisse : pistes pour une politique métropolitaine suisse ». Ce projet lancé par la CTA en juin 2008 avait pour objectif de proposer des moyens permettant de renforcer la compétitivité internationale des principaux espaces économiques que comptent le pays, à savoir Zurich, Bâle, Genève – Lausanne et Berne. Considérant les résultats de quatre ateliers régionaux, le rapport montre comment ces espaces économiques peuvent être soutenus de manière ciblée dans leurs fonctions métropolitaines. A l'appui de ce rapport, la CTA a adopté le 25 juin 2010 des recommandations d'action concernant les principes, les domaines politiques prioritaires, les instruments et la coordination de la politique métropolitaine.

Secrétariat de la Conférence suisse des délégués communaux, régionaux et cantonaux à l'intégration

Durant l'année sous revue, le secrétariat de la Conférence des délégués à l'intégration (CDI) a assuré les travaux de préparation et de suivi, aux niveaux du contenu et de l'organisation, de trois assemblées générales (à St-Gall, Berne et Delémont), deux séances du Comité, une retraite du Comité ainsi qu'une rencontre entre la présidence de la CDI et l'Office fédéral des migrations (ODM). De plus, il a participé à neuf rencontres des groupements régionaux dans toute la Suisse, permettant d'assurer le flux des informations entre les régions.

Les travaux de la CDI portaient avant tout sur l'avenir de la politique suisse d'intégration des étrangers. Le secrétariat a aussi participé, aux côtés de délégués, à quatre ateliers organisés par l'ODM. Après quoi, il a formulé des recommandations sur la planification des développements pour les années 2010 à 2013. Les réflexions de la CDI en tant qu'organe technique ont été résumées puis intégrées dans le papier de position de la CdC adopté à l'unanimité le 17 décembre 2010.

Un autre point fort thématique aura été pour la CDI la mise en œuvre du mandat d'information selon art. 56 LEtr. Deux aspects sont abordés dans ce cadre : d'une part, le groupe de travail de la CDI compétent a établi une vue d'ensemble des travaux de mise en œuvre correspondants dans les cantons et les communes, identifié les lacunes et formulé quatre propositions pour des éventuels travaux d'approfondissement ; d'autre part, l'ODM a repris la direction des travaux d'élaboration d'un concept de communication en matière d'intégration. Ces travaux sont suivis de près par la CDI.

Finalement, la CDI s'est aussi penchée sur les sujets suivants : propos sur l'intégration dans les bases légales et dans la pratique ; promotion de l'intégration au niveau de la petite enfance ; état et contrôle des acquis dans les cours de langue de niveau élémentaire ; mise en œuvre de l'art. 50 LEtr en cas de violence domestique. Le 11 mars 2011, la CDI a adopté une prise de position sur la révision du droit de la nationalité.

3 Comptes

Les comptes annuels 2010 de la CdC avec des charges à hauteur de CHF 3'106'790.84 bouclent sur un excédent de charges de CHF 92'209.16, lequel est imputé à la créance des cantons conformément à la clé de financement. La créance des cantons se monte ainsi à CHF 706'387.83.

La révision des comptes annuels 2010 a été réalisée du 12 au 14 avril par le Contrôle des finances du canton de Soleure. Le rapport de l'organe de révision se trouve en annexe 5.

Comptes 2010

(révisés)

	Comptes 2010		Budget 2010		Comptes 2009	
	Charges	Revenus	Charges	Revenus	Charges	Revenus
CONFERENCE DES GOUVERNEMENTS CANTONAUX	3'202'974.89	3'295'184.05	3'319'000.00	3'319'000.00	3'215'714.87	3'300'027.10
Personnel / Frais accessoires	2'540'345.70		2'554'000.00		2'495'393.00	
Matériel bureau / Imprimés	33'956.35		41'500.00		20'247.00	
Bureaux / Infrastructure	225'597.85		251'000.00		239'032.29	
Services	35'170.95		48'500.00		38'006.55	
Groupes de travail / Projets	221'023.69		210'000.00		240'555.33	
Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA)	132'952.35		200'000.00		171'297.65	
Divers	13'928.00		14'000.00		11'183.05	
Contributions cantonales		3'199'000.00		3'199'000.00		3'152'000.00
Contributions CTA Confédération et communes		79'771.40		120'000.00		102'778.60
Revenus divers		16'412.65		0.00		45'248.50
Excédent de revenus	92'209.16		0.00		84'312.23	
Total	3'295'184.05	3'295'184.05	3'319'000.00	3'319'000.00	3'300'027.10	3'300'027.10

Créance des cantons 01.01.2010	614'178.67
Attribution à la clé de financement	92'209.16
Créance des cantons 31.12.2010	706'387.83

Clé de financement

(selon art. 14 de la Convention du 8.10.1993)

Canton	Population recensement fédéral 2000	Clé 2000	Contributions cantonales 2010
Argovie	547'493	7.51%	240'317
Appenzell AR	53'504	0.73%	23'485
Appenzell IR	14'618	0.20%	6'416
Basel-Landschaft	259'374	3.56%	113'850
Basel-Stadt	188'079	2.58%	82'555
Bern / Berne	957'197	13.13%	420'152
Fribourg / Freiburg	241'706	3.32%	106'094
Genève	413'673	5.68%	181'578
Glarus	38'183	0.52%	16'760
Graubünden / Grischun / Grigioni	187'058	2.57%	82'107
Jura	68'224	0.94%	29'946
Luzern	350'504	4.81%	153'850
Neuchâtel	167'949	2.30%	73'720
Nidwald	37'235	0.51%	16'344
Obwald	32'427	0.44%	14'234
St.Gallen	452'837	6.21%	198'768
Schaffhausen	73'392	1.01%	32'215
Schwyz	128'704	1.77%	56'493
Solothurn	244'341	3.35%	107'251
Thurgau	228'875	3.14%	100'462
Ticino	306'846	4.21%	134'687
Uri	34'777	0.48%	15'265
Valais / Wallis	272'399	3.74%	119'567
Vaud	640'657	8.79%	281'210
Zug	100'052	1.37%	43'917
Zürich	1'247'906	17.12%	547'756
Total	7'288'010	100.00%	3'199'000

Nombre d'habitant-e-s selon population Office fédéral de la statistique

Anhänge / Annexes

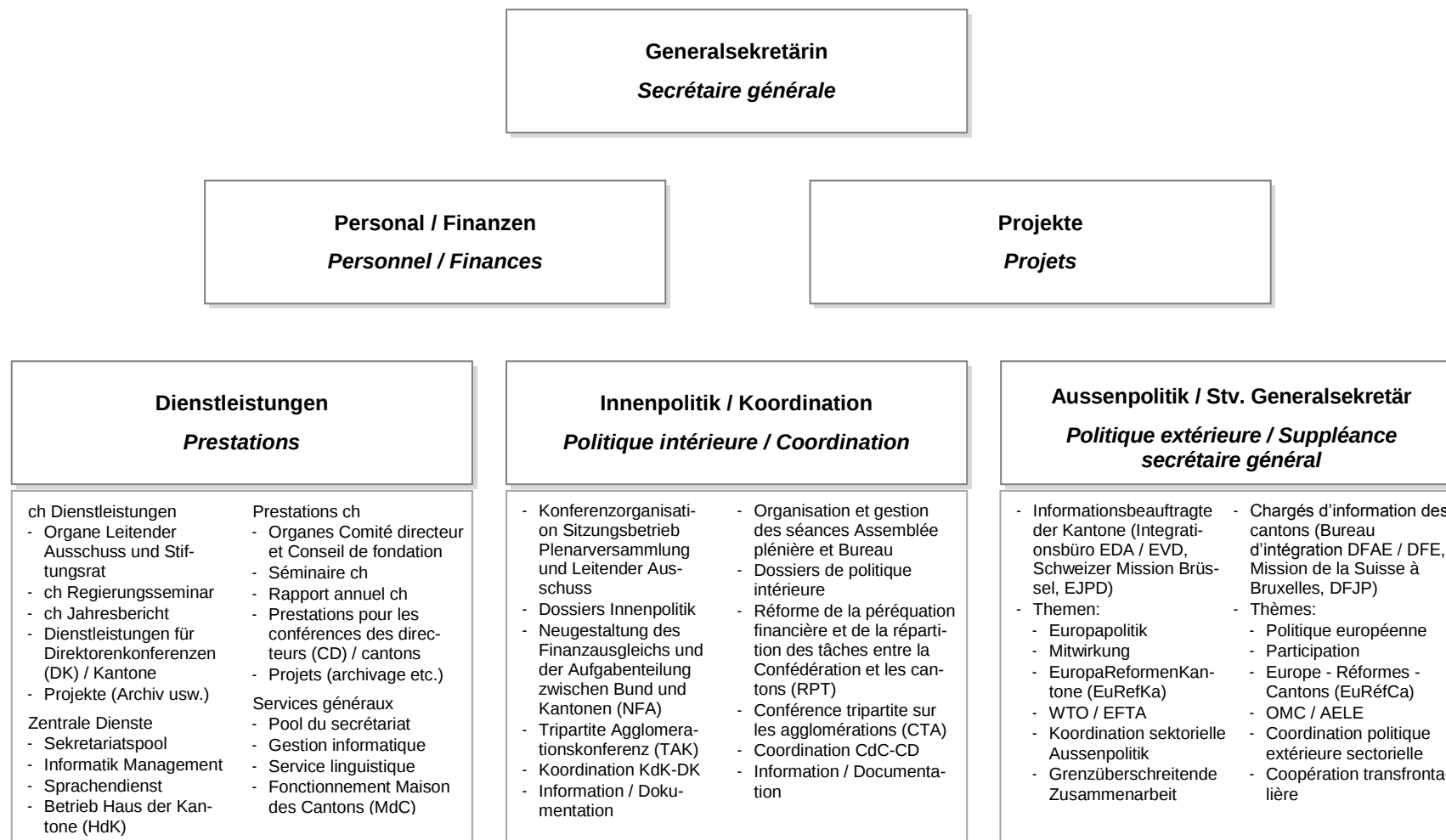
Anhang 1 Organigramm KdK
Annexe 1 Organigramme CdC

Anhang 2 Kommissionen und Arbeitsgruppen der KdK (per 31.12.2010)
Annexe 2 Commissions et groupes de travail de la CdC (au 31.12.2010)

Anhang 3 Politische Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen (per 31.12.2010)
Annexe 3 Délégations politiques de la CdC dans des organes et groupes de travail nationaux et internationaux (au 31.12.2010)

Anhang 4 Aktivitäten
Annexe 4 Activités

Anhang 1: Organigramm KdK
Annexe 1 : Organigramme CdC



Anhang 2: Kommissionen und Arbeitsgruppen der KdK (per 31.12.2010)
Annexe 2 : Commissions et groupes de travail de la CdC (au 31.12.2010)

Politische Kommissionen / Commissions politiques

EuropaReformenKantone (EuRefKa)

Europe – Réformes des cantons (EuRéfCa)

Vorsitz / **Kathrin Hilber**, Regierungsrätin, Département des Inneren, SG
présidence :

Mitglieder / **Astrid Epiney**, Geschäftsführende Direktorin, Institut für Europarecht Universität,
membres : Freiburg
Erwin Jutzet, conseiller d'Etat, Direction de la sécurité et de la justice, FR
Philippe Leuba, conseiller d'Etat, Département de l'intérieur, VD
Sandra Maissen, Generalsekretärin, KdK
Markus Notter, Regierungsrat, Direktion der Justiz und des Innern, ZH
Kurt Nuspliger, Staatsschreiber, Staatskanzlei, BE
Sabine Pegoraro, Regierungsrätin, Sicherheitsdirektion, BL
Yvonne Schärli-Gerig, Regierungsrätin, Justiz- und Sicherheitsdepartement, LU
Bernhard Waldmann, Direktor Nationales Zentrum des Instituts für Föderalismus,
Universität Freiburg

Sekretariat / **Roland Mayer**, Leiter Bereich Aussenpolitik, KdK
secrétariat :

Europakommission – politische Ebene der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Commission Europe – niveau politique de l'organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE

Vorsitz / **Markus Notter**, Regierungsrat, Direktion der Justiz und des Innern, ZH
présidence :

Mitglieder / **Regine Aeppli**, Regierungsrätin, Bildungsdirektion, ZH
membres : **Elisabeth Baume-Schneider**, Ministre, Département de la formation, de la culture et des sports, JU
Christoph Brutschin, Regierungsrat, Département für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, BS
Isabelle Chassot, conseillère d'Etat, Direction de l'instruction publique, de la culture et du sport, FR
Hans Diem, Regierungsrat, Département Sicherheit und Justiz, AR
Hanspeter Gass, Regierungsrat, Justiz- und Sicherheitsdepartement, BS
Claudius Graf-Schelling, Regierungsrat, Département für Justiz und Sicherheit, TG
Peter Hegglin, Landammann, Finanzdirektion, ZG
Susanne Hochuli, Regierungsrätin, Département Gesundheit und Soziales, AG
Hans Hollenstein, Regierungspräsident, Sicherheitsdirektion, ZH
Karin Keller-Sutter, Regierungsrätin, Sicherheits- und Justizdepartement, SG
Philippe Leuba, conseiller d'Etat, Département de l'intérieur, VD
Sandra Maissen, Generalsekretärin, KdK
Matthias Michel, Regierungsrat, Volkswirtschaftsdirektion, ZG
Sabine Pegoraro, Regierungsrätin, Sicherheitsdirektion, BL
Ernst Stocker, Regierungsrat, Volkswirtschaftsdirektion, ZH
Heidi Z'graggen, Regierungsrätin, Justizdirektion, UR

Sekretariat / **Roland Mayer**, Leiter Bereich Aussenpolitik, KdK
secrétariat :

Kommission Städte *Commission Villes*

Vorsitz / **Guy Morin**, Regierungspräsident, Präsidentdepartement, BS
présidence :

Mitglieder / **Pascal Corminboeuf**, conseiller d'Etat, Direction des institutions, de l'agriculture et
membres : des forêts, FR
Kathrin Hilber, Regierungsrätin, Departement des Inneren, SG
Urs Hofmann, Regierungsrat, Departement Volkswirtschaft und Inneres, AG
Philippe Leuba, conseiller d'Etat, Département de l'intérieur, VD
Christoph Neuhaus, Regierungsrat, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion, BE
Markus Notter, Regierungsrat, Direktion der Justiz und des Innern, ZH
Yvonne Schärli-Gerig, Regierungsrätin, Justiz- und Sicherheitsdepartement, LU
Hansjörg Trachsel, Regierungsrat, Departement für Volkswirtschaft und Soziales, GR

Sekretariat / **Thomas Minger**, Leiter Bereich Innenpolitik, KdK
secrétariat :

Interkantonale Vertragskommission (IVK) *Commission intercantonale pour les conventions (CIC)*

Vorsitz / **Peter Schönenberger**, alt Regierungsrat, SG
présidence :

Mitglieder / **Roland Brogli**, Regierungsrat, Departement Finanzen und Ressourcen, AG
membres : **Hans Hoffmann**, alt Ständerat und alt Regierungsrat, ZH
Willy Schnyder, ancien conseiller d'Etat, VS
Walter Suter, alt Regierungsrat, ZG
Bernard Ziegler, ancien conseiller d'Etat, GE

Sekretariat / **Walter Moser**, Leiter Fachstelle NFA, KdK
secrétariat :

Arbeitsgruppen / Groupes de travail

Die detaillierte Zusammensetzung der Arbeitsgruppen ist unter folgendem Link auf der Homepage der KdK einsehbar: http://www.kdk.ch/int/kdk/de/kdk/k_u_d/arbgru.html
La composition détaillée des groupes de travail figure sur le site internet de la CdC, à l'adresse http://www.kdk.ch/int/kdk/fr/kdk/k_u_d.html

Aussenpolitik / Politique extérieure

Arbeitsgruppe Personenfreizügigkeit der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Libre circulation des personnes (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz / **Christoph Brutschin**, Regierungsrat, Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, BS
présidence :

Arbeitsgruppe Diplomanerkennung der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Reconnaissance des diplômes (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz / **Isabelle Chassot**, conseillère d'Etat, Direction de l'instruction publique, de la culture et du sport, FR
présidence :

Arbeitsgruppe Soziale Sicherheit der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU
Groupe de travail Sécurité sociale (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz / **Susanne Hochuli**, Regierungsrätin, Departement Gesundheit und Soziales, AG
présidence :

Arbeitsgruppe Landverkehr der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU
Groupe de travail Transports terrestres (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz / **Stefan Engler**, Regierungsrat, Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement, GR
présidence :

Arbeitsgruppe Luftverkehr der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU
Groupe de travail Transport aérien (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz / **Ernst Stocker**, Regierungsrat, Volkswirtschaftsdirektion, ZH
présidence :

Arbeitsgruppe Dienstleistungen der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU
Groupe de travail Services (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz / **Matthias Michel**, Regierungsrat, Volkswirtschaftsdirektion, ZG
présidence :

Arbeitsgruppe Finanz- und Fiskalfragen der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU
Groupe de travail Questions financières et fiscales (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz / **Peter Hegglin**, Landammann, Finanzdirektion, ZG
présidence :

Arbeitsgruppe Bildung und Jugend der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU
Groupe de travail Formation et Jeunesse (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz / **Elisabeth Baume-Schneider**, ministre, Département de la formation, de la culture et des sports, JU
présidence :

Horizontale Arbeitsgruppe Begleitorganisation Schengen / Dublin (BOSD)
Groupe de travail horizontal (Organisation d'accompagnement à Schengen / Dublin OASD)

Vorsitz / **Markus Notter**, Regierungsrat, Direktion der Justiz und des Innern, ZH
présidence :

Arbeitsgruppe Polizeizusammenarbeit der Begleitorganisation Schengen / Dublin (BOSD)
Groupe de travail Coopération policière (Organisation d'accompagnement à Schengen / Dublin OASD)

Vorsitz / **Karin Keller-Sutter**, Regierungsrätin, Sicherheits- und Justizdepartement, SG
présidence :

Arbeitsgruppe Migration und Asyl der Begleitorganisation Schengen / Dublin (BOSD)
Groupe de travail Migration et asile (Organisation d'accompagnement à Schengen / Dublin OASD)

Vorsitz / **Philippe Leuba**, conseiller d'Etat, Département de l'intérieur, VD
présidence :

Arbeitsgruppe justizielle Zusammenarbeit der Begleitorganisation Schengen / Dublin (BOSD)
Groupe de travail Coopération judiciaire (Organisation d'accompagnement à Schengen / Dublin OASD)

Vorsitz / **Hans Diem**, Regierungsrat, Departement Sicherheit und Justiz, AR
présidence :

Arbeitsgruppe Grenze der Begleitorganisation Schengen / Dublin (BOSD)
Groupe de travail Frontières (Organisation d'accompagnement à Schengen / Dublin OASD)

Vorsitz / **Claudius Graf-Schelling**, Regierungsrat, Departement für Justiz und Sicherheit, TG
présidence :

Arbeitsgruppe Datenschutz der Begleitorganisation Schengen / Dublin (BOSD)
Groupe de travail Protection des données (Organisation d'accompagnement à Schengen / Dublin OASD)

Vorsitz / **Sabine Pegoraro**, Regierungsrätin, Sicherheitsdirektion, BL
présidence :

Arbeitsgruppe Grenzkantone Deutschland – politische Ebene (derzeit suspendiert)
Groupe de travail Cantons frontaliers avec l'Allemagne – niveau politique (actuellement suspendu)

Vorsitz / Vakant / vacant
présidence :

Arbeitsgruppe Grenzkantone Deutschland – technische Ebene
Groupe de travail Cantons frontaliers avec l'Allemagne – niveau technique

Vorsitz / **Roland Mayer**, Leiter Bereich Aussenpolitik, KdK
présidence :

Europakommission – technische Ebene der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU
Commission Europe – niveau technique de l'organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE

Vorsitz / **Roland Mayer**, Leiter Bereich Aussenpolitik, KdK
présidence :

Innenpolitik, Koordination / Politique intérieure, coordination

Technische Arbeitsgruppe Städte (TA Städte)
Groupe de travail technique Villes (GT Villes)

Vorsitz / **Madeleine Meier**, Leiterin Koordination Aussenbeziehungen, Justiz- und Sicherheits-
présidence : departement, LU

Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen (KoSeKo)
Conférence des secrétaires des conférences intercantionales (CoSeCo)

Vorsitz / **Roger Schneeberger**, Generalsekretär, KKJPD
présidence :

Kerngruppe Fachkoordination der KoSeKo
Cellule de coordination technique de la CoSeCo

Vorsitz / **Sandra Maissen**, Generalsekretärin, KdK
présidence :

Kerngruppe Weiterbildung der KoSeKo
Cellule de formation continue de la CoSeCo

Vorsitz / **Walter Moser**, Fachstelle NFA, KdK
présidence :

Leitorgan Haus der Kantone (LO HDK)
Comité directeur Maison des cantons (CD MdC)

Vorsitz / **Roger Schneeberger**, Generalsekretär, KKJPD
présidence :

Anhang 3: Politische Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen (per 31.12.2010)

Annexe 3 : Délégations politiques de la CdC dans des organes et groupes de travail nationaux et internationaux (au 31.12.2010)

Nachfolgend sind die politischen Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen aufgeführt. Die Delegationen der KdK auf technischer Ebene sind unter folgendem Link auf der Homepage der KdK einsehbar:

http://www.kdk.ch/int/kdk/de/kdk/k_u_d/delegationen_in_nationalen.html

Sont énumérées ci-après les délégations politiques de la CdC dans des organes et groupes de travail nationaux et internationaux. Les délégations de la CdC au niveau technique figurent sur le site internet de la CdC, à l'adresse

http://www.kdk.ch/int/kdk/fr/kdk/k_u_d/delegationen_in_nationalen.html

Aussenpolitik / Politique extérieure

Versammlung der Regionen Europas (VRE)

Assemblée des Régions d'Europe

Vorsitz / **Michèle Sabban**, vice-présidente Ile-de-France, France
présidence :

KdK- **Josef Keller**, Regierungsrat, Volkswirtschaftsdepartement, SG
Delegation / **Beat Vonlanthen**, président du gouvernement, Direction de l'économie et de l'emploi,
délégation FR
CdC : **Urs Wüthrich-Pelloli**, Regierungsrat, Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion, BL

Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)

Congrès des pouvoirs locaux et régionaux d'Europe (CPLRE)

Vorsitz / **Keith Whitmore**, Vorsitzender des Institutionellen Ausschusses und der Unabhängi-
présidence : gen und Liberalen Demokraten, Vereinigtes Königreich

KdK- **Kathrin Hilber**, Regierungsrätin, Departement des Innern, SG
Delegation / **Philippe Leuba**, conseiller d'Etat, Département de l'Intérieur, VD
délégation **Philippe Receveur**, ministre, Département de la santé, des affaires sociales et des
CdC : ressources humaines, JU
Heinz Tännler, Regierungsrat, Baudirektion, ZG
Urs Wüthrich-Pelloli, Regierungsrat, Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion, BL
Heidi Z'graggen, Regierungsrätin, Justizdirektion, UR

Innenpolitik / Politique intérieure

Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK)

Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA)

Vorsitz / **Guy Morin**, Regierungspräsident, Präsidentialdepartement, BS
présidence :

KdK- **Pascal Corminboeuf**, conseiller d'Etat, Direction des institutions, de l'agriculture et
Delegation / des forêts, FR
délégation **Kathrin Hilber**, Regierungsrätin, Departement des Innern, SG

CdC : **Urs Hofmann**, Regierungsrat, Departement Volkswirtschaft und Inneres, AG
Philippe Leuba, conseiller d'Etat, Département de l'intérieur, VD
Christoph Neuhaus, Regierungsrat, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion, BE
Markus Notter, Regierungsrat, Direktion der Justiz und des Innern, ZH
Yvonne Schärli-Gerig, Regierungsrätin, Justiz- und Sicherheitsdepartement, LU
Hansjörg Trachsel, Regierungsrat, Departement für Volkswirtschaft und Soziales, GR

Steuerungsausschuss E-Government-Strategie Schweiz
Comité de pilotage Stratégie suisse de cyberadministration

Vorsitz / **Eveline Widmer-Schlumpf**, Bundesrätin, Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
présidence :

KdK- **Rainer Gonzenbach**, Staatsschreiber, Staatskanzlei, TG
Delegation / **François Marthaler**, Conseiller d'Etat, Département des infrastructures, VD
délégation **Marcel Schwerzmann**, Regierungsrat, Finanzdepartement, LU
CdC :

Eidgenössische Kommission für die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (AHV / IV-Kommission)
Commission fédérale de l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité (Commission fédérale AVS-AI)

Vorsitz / **Ruth Lüthi**, alt Staatsrätin, FR
présidence :

KdK- **Kathrin Hilber**, Regierungsrätin, Departement des Innern, SG
Delegation / **Jürg Wernli**, Regierungsrat, Departement Inneres und Kultur, AR
délégation
CdC :

Eidgenössische Spielbankenkommission (ESBK)
Commission fédérale des maisons de jeu (CFMJ)

Vorsitz / **Benno Schneider**, Rechtsanwalt, SG
présidence :

KdK- **Erwin Jutzet**, conseiller d'Etat, Direction de la sécurité et de la justice, FR
Delegation /
délégation
CdC :

Projektorganisation Raumkonzept Schweiz – politische Ebene
Organisation de projet Projet de territoire suisse – niveau politique

Vorsitz / **Doris Leuthard**, Bundesrätin, Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr,
présidence : Energie und Kommunikation UVEK

KdK- **Guy Morin**, Regierungspräsident, Präsidialdepartement, BS
Delegation / **Walter Straumann**, Landammann, Bau- und Justizdepartement, SO
délégation **Heinz Tännler**, Regierungsrat, Baudirektion, ZG
CdC : **Beat Vonlanthen**, président du gouvernement, Direction de l'économie et de l'emploi, FR
Kurt Zibung, Regierungsrat, Volkswirtschaftsdepartement, SZ

Anhang 4: Aktivitäten

Annexe 4 : Activités

Sitzungen der Organe der KdK / Séances des organes de la CdC

12.02.2010	Leitender Ausschuss / <i>Bureau</i>
19.03.2010	Plenarversammlung / <i>Assemblée plénière</i>
21.05.2010	Leitender Ausschuss / <i>Bureau</i>
25.06.2010	Plenarversammlung / <i>Assemblée plénière</i>
27.08.2010	Leitender Ausschuss / <i>Bureau</i>
01.10.2010	Plenarversammlung / <i>Assemblée plénière</i>
05.11.2010	Leitender Ausschuss / <i>Bureau</i>
17.12.2010	Plenarversammlung / <i>Assemblée plénière</i>

Medienkonferenzen / Conférences de presse

07.07.2010	Medienkonferenz Europapolitische Standortbestimmung der Kantonsregierungen / <i>Conférence de presse Etat des lieux en politique européenne des gouvernements cantonaux</i>
06.10.2010	Gemeinsame Medienkonferenz EFD – KdK/FDK zur SP-Steuerinitiative <i>Conférence de presse commune DFF – CdC/CDF sur l'initiative fiscale du PS</i>
05.11.2010	Mediengespräch KdK/FDK – SGV zur SP-Steuerinitiative <i>Point de presse CdC/CDF – ACS sur l'initiative fiscale du PS</i>

Sitzungen der politischen Kommissionen und technischen Arbeitsgruppen der KdK sowie Koordinationssitzungen mit den Direktorenkonferenzen und regionalen Regierungskonferenzen / Séances des commissions politiques et groupes de travail techniques de la CdC et séances de coordination avec les conférences des directeurs et les conférences gouvernementales régionales

20.01.2010	Arbeitsgruppe Dienstleistungen der KdK / <i>Groupe de travail Services de la CdC</i>
03.02.2010	Kerngruppe Fachkoordination / <i>Cellule de coordination technique</i>
03.02.2010	Leitorgan Haus der Kantone / <i>Comité directeur Maison des cantons</i>
05.02.2010	Konstituierende Sitzung Interkantonale Vertragskommission / <i>Séance constitutive de la Commission intercantonale pour les conventions</i>
11.03.2010	Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen / <i>Conférence des secrétaires des conférences intercantionales</i>
30.04.2010	Europakommission der KdK / <i>Commission Europe de la CdC</i>
11.05.2010	Kerngruppe Fachkoordination / <i>Cellule de coordination technique</i>
17.05.2010	Arbeitsgruppe Dienstleistungen der KdK / <i>Groupe de travail Services de la CdC</i>
20.05.2010	Arbeitsgruppe Personenfreizügigkeit der KdK / <i>Groupe de travail Libre circulation des personnes de la CdC</i>
26.05.2010	Leitorgan Haus der Kantone / <i>Comité directeur Maison des cantons</i>
28.05.2010	Sitzung der Sekretäre der regionalen Regierungskonferenzen / <i>Séance des secrétaires des conférences gouvernementales régionales</i>
25.06.2010	Kommission Städte / <i>Commission Villes</i>
17.08.2010	Kerngruppe Fachkoordination / <i>Cellule de coordination technique</i>

25.08.2010	Arbeitsgruppe Soziale Sicherheit der KdK / Groupe de travail Sécurité sociale de la CdC
30.08.2010	Arbeitsgruppe Finanz- und Fiskalfragen der KdK / Groupe de travail Questions financières et fiscales de la CdC
06.09.2010	Arbeitsgruppe EuRefKa / Groupe de travail EuRéfCa
16.09.2010	Europakommission der KdK / Commission Europe de la CdC
21.10.2010	Kerngruppe Fachkoordination / Cellule de coordination technique
21.10.2010	Leitorgan Haus der Kantone / Comité directeur Maison des cantons
02.11.2010	Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen / Conférence des secrétaires des conférences intercantionales
17.11.2010	Sitzung der Sekretäre der regionalen Regierungskonferenzen / Séance des secrétaires des conférences gouvernementales régionales
15.11.2010	Arbeitsgruppe EuRefKa / Groupe de travail EuRéfCa
19.11.2010	Kommission Städte / Commission Villes
23.11.2010	Veranstaltung Schweizer Mission Brüssel / Événement à la Mission de la Suisse à Bruxelles
29.11.2010	Arbeitsgruppe Finanz- und Fiskalfragen der KdK / Groupe de travail Questions financières et fiscales de la CdC
03.12.2010	KoSeKo-Weiterbildungsveranstaltung / Séminaire de formation continue CoSeCo
08.12.2010	Arbeitsgruppe Finanz- und Fiskalfragen der KdK / Groupe de travail Questions financières et fiscales de la CdC

Sitzungen im Bereich Zusammenarbeit Bund – Kantone / Séances dans le cadre de la collaboration Confédération – cantons

08.03.2010	Stammtisch der Kantone / <i>Stammtisch des cantons</i>
15.03.2010	Treffen Büro Ständerat / <i>Rencontre avec le Bureau du Conseil des Etats</i>
19.03.2010	Föderalismus-Dialog Bund – Kantone / <i>Dialogue confédéral Confédération - cantons</i>
27.05.2010	Treffen Vorsteher EFD – Delegation KdK: Anhörung zum KOP / <i>Rencontre chef DFE – délégation CdC: audition sur le PCO</i>
07.06.2010	Stammtisch der Kantone / <i>Stammtisch des cantons</i>
25.06.2010	Treffen Vorsteherin EJPD – Delegation KdK: Aussprache zum Integrationsartikel im Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative / <i>Rencontre cheffe DFJP – délégation CdC: entretien concernant l'article constitutionnel sur l'intégration dans le contre-projet à l'initiative sur le renvoi</i>
07.07.2010	Treffen Vorsteherin EDA und Vorsteherin EJPD – Delegation KdK: Information des Bundesrates über die europapolitische Standortbestimmung der Kantone / <i>Rencontre cheffe DFAE et cheffe DFJP – délégation CdC: information du Conseil fédéral sur l'état des lieux en politique européenne des cantons</i>
20.09.2010	Stammtisch der Kantone / <i>Stammtisch des cantons</i>
27.09.2010	Treffen Büro Ständerat / <i>Rencontre avec le Bureau du Conseil des Etats</i>
01.10.2010	Föderalismus-Dialog Bund – Kantone / <i>Dialogue confédéral Confédération - cantons</i>
06.12.2010	Stammtisch der Kantone / <i>Stammtisch des cantons</i>

Sitzungen im Rahmen der Mandate / Séances en lien avec les mandats

Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK) / Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA)

- 24.02.2010 Tripartite Technische Arbeitsgruppe / *Groupe de travail technique tripartite*
- 02.03.2010 Tripartite Technische Arbeitsgruppe Finanzierungs- und Lastenausgleichfragen /
Groupe de travail technique tripartite Financement et compensation des charges
- 05.05.2010 Tripartite Technische Arbeitsgruppe / *Groupe de travail technique tripartite (GTT)*
- 25.05.2010 Tripartite Technische Arbeitsgruppe Finanzierungs- und Lastenausgleichfragen /
Groupe de travail technique tripartite Financement et compensation des charges
- 25.06.2010 Tripartite Agglomerationskonferenz / *Conférence tripartite sur les agglomérations*
- 30.06.2010 Tripartite Technische Arbeitsgruppe Finanzierungs- und Lastenausgleichfragen /
Groupe de travail technique tripartite Financement et compensation des charges
- 16.09.2010 Tripartite Technische Arbeitsgruppe / *Groupe de travail technique tripartite*
- 19.11.2010 Tripartite Agglomerationskonferenz / *Conférence tripartite sur les agglomérations*
- 09.12.2010 Workshop Tripartite Technische Arbeitsgruppe / *Atelier Groupe de travail technique tripartite*

Konferenz der Integrationsdelegierten (KID) / Conférence des délégués à l'intégration (CDI)

- 20.01.2010 Retraite KID-Vorstand / *Retraite Comité CDI*
- 18.02.2010 Sitzung KID-Vorstand / *Séance Comité CDI*
- 10. - 11.03. 2010 KID-Tagung / *Assemblée CDI*
- 11.05.2010 Treffen KID-Präsidium – BFM / *Rencontre Présidence CDI – ODM*
- 02.06.2010 KID-Tagung / *Assemblée CDI*
- 23.09.2010 Sitzung KID-Vorstand / *Séance Comité CDI*
- 18.11.2010 KID-Tagung / *Assemblée CDI*

Anhang 5: Bericht der Revisionsstelle
Annexe 5: Rapport de l'Organe de révision

Kantonale Finanzkontrolle

Bielstrasse 9 / Postfach 157
4502 Solothurn
Telefon 032 627 21 06
Telefax 032 627 28 60
www.finanzkontrolle.so.ch

IIIIII KANTON **solothurn**

Bericht der Revisionsstelle
zur Eingeschränkten Revision

an die Plenarversammlung
der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)
zur Jahresrechnung 2010

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung 2010 (Bilanz, Erfolgsrechnung und Kostenverteiler) der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) für das am 31.12.2010 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft. Die finanziellen Erläuterungen und die im Jahresbericht publizierten Zahlen waren nicht Bestandteil unserer Prüfung.

Für die Jahresrechnung ist die Plenarversammlung verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Revision erfolgte nach dem Schweizer Standard zur Eingeschränkten Revision. Danach ist diese Revision so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung erkannt werden. Eine Eingeschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der beim geprüften Unternehmen vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsystems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse nicht Bestandteil dieser Revision.

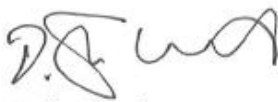
Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung und der Kostenverteiler sowie der Antrag über die Verbuchung des Bilanzgewinnes nicht Gesetz und Vereinbarung entsprechen.

Aufgrund der effektiven Aufwändungen von Fr. 3'106'791 und den geleisteten Zahlungen von gesamthaft Fr. 3'199'000 ergibt sich ein Zahlungsüberschuss von Fr. 92'209. Dieser Betrag wird den Kantonen auf ihren Akontozahlungskonti gutgeschrieben, womit sich das Guthaben der Kantone auf Fr. 706'388 beläuft.

Solothurn, 28. April 2011

Kantonale Finanzkontrolle


G. Rudolf von Rohr
Chefin
Zugelassene Revisionsexpertin


B. Eberhard
Leitender Revisor
Zugelassener Revisor